

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Ernst Wittmann, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. Druck und Verlag von W. Pfannkuch u. Co., Magdeburg. Geschäftsstelle: Jakobstraße 49, Fernsprecher 1567. Redaktion und Druckerei: Große Mühlstraße 8, Fernsprecher 961.

Prämienliste zahlbarer Abonnementspreise: Vierteljährlich (inkl. Fringerlohn) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Per Kreuzband in Deutschland monatlich 1 Exempl. 1.70 Mk., 2 Exempl. 2.80 Mk. In der Expedition und den Anzeigebüroen vierteljährlich 2 Mk., monatlich 70 Pf. Bei den Postanstalten 2.25 zgl. Beleggeld. Einzelne Nummern 5 Pf., Sonntags- und ältere Nummern 10 Pf. — Inserationsgebühren: die sechszeilige Zeile 15 Pf., auswärts 25 Pf., im Retraumetel Seite 50 Pf. Post-Zeitungsliste Seite 376

Nr. 257.

Magdeburg, Donnerstag den 2. November 1905.

16. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfaßt 12 Seiten

Der Schwur des Zaren.

Es war am 11. Juli 1790, als auf dem Marsfelde von Paris der Bischof von Autun die dreihundertzig Fahnen der Departements weihte, als Lafayette für die Nationalgarde, schließlich der König Ludwig 16. selbst den Eid auf die Verfassung schwur, den eine ungeheure Menschenmenge, die Hände feierlich emporhebend nachsprach. Elf Monate später flüchtete Ludwig als Verschwörer gegen das eigene Vaterland, unter Protest gegen alle ihm abgedruckten Erlasse gegen die deutschen Grenzen. In Varennes ward er festgenommen, und am 17. Januar 1793 fiel sein Haupt.

Am 21. März 1848 proklamierte Friedrich Wilhelm 4. in gewohnter Bescheidenheit sich selbst zum „Führer der freien wiedergeborenen deutschen Nation“ und verkündete, daß er sich „zur Rettung Deutschlands an die Spitze des Gesamt-vaterlandes gestellt“ habe. Am 8. April wurde für Preußen das allgemeine Wahlrecht eingeführt. Eine Zeitlang spielte der König mit dem Gedanken, die Kosaken ins Land zu rufen — wie es Franz Joseph 1. oder dessen Vormünder in Ungarn wirklich taten —, schließlich gelang es dem Militär, den Aufstand niederzuerwerfen, und von den goldenen Herrlichkeiten, die Majestät versprochen hatte, als es ihr an den Krügen zu gehen drohte, blieb das preußische Dreiklassenwahlrecht und das Herrenhaus zurück.

Was für Ludwig den 16. die Julitage 1790 und für Friedrich Wilhelm die Märztage 1848 gewesen sind, das sind Nikolaus 3. die Oktobertage des Jahres 1905 geworden. Er hat den letzten Krampf ausgespielt, der einem Monarchen übrig bleibt, wenn er nicht weggejagt oder geköpft sein will. So schön wie die beiden gekrönten Tröpfe in Frankreich und Preußen spielt er jetzt die monarchische Volksbefreiungskomödie. Wir haben gestern bereits sein Manifest im Auszug mitgeteilt und geben es nunmehr im Wortlaut wieder. Es hat folgenden Wortlaut:

„Wir Nikolaus der Zweite von Gottes Gnaden Kaiser, Selbstherrscher aller Rußen, Zar von Polen, Großfürst von Finnland usw. erklären allen unsern treuen Anhängern, daß die Wirren und die Erregung in unsern Hauptstädten und zahlreichern andern Orten unsres Reiches unser Herz mit großer und schmerzlicher Trauer erfüllen. Das Glück eines russischen Herrschers ist untrennlich verknüpft mit dem Glück des Volkes. Der Schmerz des Volkes ist der Schmerz des Herrschers. Aus den gegenwärtigen Unruhen kann eine tiefe nationale Zerrüttung und eine Bedrohung für die Unverletzlichkeit und Einheit unsres Reiches entstehen. Die hohe durch unsern Herrscherberuf auferlegte Pflicht befiehlt uns, uns mit all unsern Sinnen und mit unster ganzen Kraft zu bemühen, um das Aufhören der für den Staat so gefährlichen Wirren zu beschleunigen. Nachdem wir den in Betracht kommenden Behörden befohlen haben, Maßregeln zu treffen, um die unmittelbaren Ausdehnungen der Unordnung, Ausschreitung und Gewalttätigkeit abzufellen, damit die friedlichen Leute, die das Bestreben haben, ruhig ihre Pflichten zu erfüllen, geschädigt werden, haben wir für unerlässlich erkannt, um mit Erfolg die auf Verhütung des öffentlichen Lebens abzuleitenden allgemeinen Maßnahmen zu verwirklichen, die Aktion der obersten Regierung zu vereinfachen. Wir geben der Regierung die Pflicht auf, unsern unabweisbaren Willen zu erfüllen:

1. der Bevölkerung die unerschütterlichen Grundlagen der bürgerlichen Freiheit zu verleihen, die gegründet ist auf die wirkliche Unverletzlichkeit der Person und auf Freiheit des Gewissens, des Wortes, der Versammlungen und Vereinigungen;

2. ohne die früher angeordneten Wahlen für die Staatsduma aufzuheben, zur Teilnahme an der Duma in dem Maße, als es die Kürze der bis zur Einberufung der Duma noch ablaufenden Zeit gestattet, jene Klassen der Bevölkerung zu berufen, welche jetzt Wahlrechte völlig entbehren, wobei jedermann die weitere Entwicklung des Grundgesetzes des allgemeinen Wahlrechts der neuerdings begründeten gesetzgeberischen Ordnung der Dinge überlassen wird; und

3. als unerschütterliche Regel aufzustellen, daß kein Gesetz in Kraft treten kann, ohne die Genehmigung der Staatsduma, und daß den Erwählten des Volkes die Möglichkeit einer wirklichen Teilnahme an der Überwachung der Geseßlichkeit der Handlungen der von uns ernannten Behörden gewährleistet wird. Wir lassen den Ruf ergehen an alle treuen Söhne Rußlands, daß über die gegen das Vaterland zu erinnernden, bei der Verabschiedung dieser Wirren und Widerwärtigkeiten zu helfen und gemeinsam mit

uns alle ihre Kräfte an die Wiederherstellung der Ruhe und des Friedens auf dem mütterlichen Boden zu setzen.

Gegeben Peterhof, den 17. (30.) Oktober im 11. Jahre unsrer Regierung. Nikolaus.“

Es ist eine ganz müßige Arbeit, die sich die bürgerliche Presse macht, wenn sie das Dokument des zarischen Selbst-erhaltungstriebes spitzfindigen staatsrechtlichen Untersuchungen unterwirft und jedes Wort auf die Goldwaage legt. Nikolaus hat es nicht so gehalten und nicht so gemeint. Mit kaiserlicher Freigebigkeit hat er den Schatz der großen Worte vom Schlossfenster herab ins Volk gestreut: Menschenrechte, allgemeines Volksrecht, Freiheit, Volk und wieder Volk — alles was man haben will! Und hätte er es sicher, daß ihm und seiner Sippe die erbliche Präsidentenwürde nebst Pfünden und Sporteln verliehen werden würde, so hätte er seinetwegen auch die soziale Republik proklamiert.

„Petersburg schwimmt im Freudentaumel“, meldet der offizielle Telegraph. So „schwamm“ Paris, so „schwamm“ Berlin in den „schönen Tagen“ ihrer Revolution. Aber nur Kinder können glauben, daß mit einem solchen Jubelschwimmen die Geschichte zu Ende ist. Die russischen Revolutionäre kennen die Geschichte und kennen ihren Nikolaus gut genug, um zu wissen, daß an dem Tage, da wieder die Ordnung der militärischen Schreckensherrschaft regieren würde, auch der ganze Freiheitsfelsen des Zaren wie morscher Zunder zerfiel. Monarchenschwüre in der Not gehn Dugend auf ein Lot. Der Zar hat in seinen Versprechungen dem Volke alles hingelegt, was er geben kann, und für sich nur eine Kleinigkeit zurückgehalten: die Krone. Das Volk aber fordert auch diese für sich!

Es sind große Tage, die wir erleben, und wir hätten wahrlich allen Grund, unsern Blick mit ungeheurer Aufmerksamkeit auf jenen Sonnenaufgang zu richten, der sich drüben im Osten majestätisch vollzieht. Es ist nicht ein fernes und fremdes weltgeschichtliches Schauspiel, dessen Zuschauer wir sind! Wie Kinder und Narren die Wahrheit sprechen, so hat auch der vergangene preußische Justizminister das richtige Wort geprägt, als er im deutschen Reichstag ausrief: „Tua res agitur!“ „Um deine eigene Sache geht es!“

Wenn Rußland Republik wird, wie lange wird dann die monarchische Staatsform in jenen Teilen Europas bestehen können, die sich bis dahin mit einigem Recht die weiter fortgeschrittenen nennen konnten? Wenn das russische Volk das allgemeine Wahlrecht bekommt, wie lange wird dann das preußische noch darauf warten wollen? Wenn in Rußland der Polizeistock zerbrochen wird, wie lange wird man sich ihn noch in Deutschland gefallen lassen? Und wenn sich erweist, daß ein kraftvoll durchgeführter Massenstreik selbst in dem wenig industriellen, verkehrsarmen, rückständigen und ähnen Rußland ein revolutionäres Kampfmittel von ungeheurer Wirkungskraft ist, welche Schlüsse ergeben sich daraus für andre Länder, die als hochentwickelte Industriestaaten verfeinerte Organismen und daher für jede Störung bedeutend empfindlicher sind?

Die deutsche Regierung hat auf diese Fragen Antwort gegeben, indem sie eine deutsche Kriegsflootte nach Petersburg entsendet. Sie hat es nicht für nötig gehalten, dem deutschen Volke Auskunft darüber zu erteilen, was dieser Schritt bezweckt, der unter Umständen sehr verhängnisvoll werden kann. Der Nachricht, daß die Flottille dem Zaren zur Mütze verhelfen solle, tritt das Gerücht entgegen, es handle sich nur darum, die deutsche Gesandtschaft und die deutschen Staatsangehörigen zu schützen. Es bliebe aber auch dann sehr auffallend, daß gerade Deutschland allein und auf eigene Faust zu solchen Maßnahmen greift, da man doch gesehen muß, daß sonst England, Frankreich, Amerika auf den Schutz ihrer Angehörigen im Auslande weit besser bedacht sind als Deutschland. Am 22. Januar ist in den Straßen Petersburgs ein unbewaffneter friedlicher preußischer Staatsbürger von der mordlustigen Soldateska niedergeschmetzelt worden, und man hat kein Sterbenswort davon vernommen, daß die deutsche Regierung Genehmigung gefordert hätte. Man scheint also auf den Schutz der Deutschen vor dem revolutionären Volke, das nur sein Recht will, weit mehr bedacht zu sein, als auf ihren Schutz vor den Übergriffen der reaktionären Wildhirschanst.

Mag sein, daß die deutsche Kriegsfahrt nach Petersburg eine kleine unbedeutende Episode im ungeheuren Schanzenfeld bleibt, mag sein, daß sie zum Ausgangspunkt wichtiger Ereignisse wird. Die Herren von Preußen-Deutschland werden dem Volke auf jeden Fall darüber Rechenschaft zu geben haben. Großes ist geschehen. Größeres bereitet sich vor. Das Proletariat Rußlands tut seine Sündigkeit als der im Geleite stehende Teil der großen internationalen

Pampesorganisation des Weltproletariats, die ihm nicht bloß leeren Dank schuldet, sondern auch Hilfe, wo es not tut! —

Der „Vorwärts“-Konflikt.

Endlich hat auch der Parteivorstand in Sachen des „Vorwärts“-Konflikts das Wort genommen. Aus technischen Rücksichten, denen auch wir uns zu unterwerfen haben, hat seine Darlegung an der Spitze der ersten Beilage dieser Nummer ihren Platz gefunden; aus eben diesen technischen Gründen muß unsere Besprechung an dieser Stelle er scheinen.

In der „Aufklärung“ der sechs entlassenen „Vorwärts“-Redakteure, die in voriger Woche von uns wie von der übrigen Parteipresse nach dem „Vorwärts“ veröffentlicht wurde, waren die folgenden schweren Vorwürfe gegen den Parteivorstand und die Berliner Preßkommission erhoben worden:

1. Die „Vorwärts“-Redaktion sei zu den Beratungen des Parteivorstandes und der Preßkommission über Änderungen im Redaktionsverhande entgegen dem bisherigen Brauch und der allgemeinen in der Partei herrschenden guten Sitte nicht hinzugezogen worden. Die Proteste der Redaktionsmehrheit gegen dieses die parteienössige Tradition verletzende Verfahren seien vom Parteivorstand zurückgewiesen unter Berufung auf den § 26 Absatz 2 des Organisationsstatuts, der da besagt, daß die Entscheidungen vom Parteivorstand und der Preßkommission zu treffen sind und daß die Kontrollkommission als dritte Instanz hinzuzuziehen ist, wenn die ersten beiden sich nicht einigen können.

2. In den Beratungen sei den Teilnehmern das Schweigegebot auferlegt; es wären geheime Sitzungen veranstaltet worden.

3. Parteivorstand und Preßkommission hätten willkürliche Maßregeln geplant zu dem Zweck, um die bisherige Redaktionsmehrheit in eine Minderheit zu verwandeln.

4. Als beide Instanzen sich über die Liste der zu Maßregeln nicht einigen konnten, hätte der Vorschlag Annahme gefunden, in Form der Kündigung eine allgemeine Aussperrung vorzunehmen mit dem Hinzufügen, daß diejenigen, die wieder eintreten wollten, sich um die Anstellung zu bemühen hätten. Die sechs Redakteure, unter denen auf diese Weise Musterung gehalten werden sollte, seien dem letzten Schachzuge, der nach außen hin die willkürliche Maßregelung in einen freiwilligen Verzicht verwandelt hätte, mit ihrer sofortigen solidarischen Kündigung zugekommen.

Was hat der Parteivorstand auf diese schwereren Beschuldigungen zu antworten? Prüfen wir kühl und nüchtern; lassen wir nur die Tatsachen reden und führen wir diese Sprache mit den Worten des Parteivorstandes, also so loyal, wie nur denkbar.

1. Die „Vorwärts“-Redaktion ist zu den Beratungen nicht hinzugezogen worden! Nachdem der Parteivorstand erklärt hat, daß zu der ersten Sitzung am 2. Oktober die Berliner die Nichteinladung als „selbstverständlich“ erkannt haben, fährt er für sich selber fort:

Und der Parteivorstand, der als der Geladene erschien, fand die Nichteinladung der Redaktion zu dieser Sitzung so selbstverständlich, daß er gar nicht daran dachte, dagegen Einspruch zu erheben.

Wie kein Mensch sich in eine Sitzung drängen wird, in der von den zuständigen Organen über eine Gehaltserböschung für ihn beraten und beschlossen werden soll, so sollte auch keiner das Verlangen ausprechen, um jeden Preis Verhandlungen beizuwohnen, in denen es sich um seine eventuelle Kündigung handelt, weil die über sein Tun und Lassen zur Entscheidung berufenen Organe eine solche möglicherweise für notwendig halten.

Drei Exalten weiter jagt der Parteivorstand über die selbe Angelegenheit:

Dagegen bestand bisher die selbstverständliche Einrichtung, daß, handelte es sich um Angelegenheiten, welche die innere Ordnung der Redaktion betrafen, oder um eine Frage der Statistik, die der „Vorwärts“ in einer bestimmten Frage einnehmen möchte, oder um sonstige wichtige Parteianglegenheiten, für die es wünschenswert war, daß die Redaktion unterrichtet sei, und dergleichen mehr, so fanden je nach der Natur dieser Angelegenheit gemeinsame Sitzungen mit dem Parteivorstand oder mit dem Parteivorstand und der Preßkommission, ebenfalls

aus mit der Gesamtvertretung Groß-Berlins und der Redaktion oder Vertretern derselben statt. Auch räumten wir der Redaktion eine beratende Stimme ein, wenn es sich um Erfaß eines Redakteurs handelte...

Es besteht bei dem Vorstand und der Preßkommission die einstimmige Ansicht, daß auch künftig die Redaktion des „Vorwärts“ bei allen Vorgängen, bei welchen sie bisher als Auskunft oder Anregung gebendes oder beratendes Organ zugezogen wurde, auch künftig an diesem Zustand nichts geändert werden soll und darf.

Mso: Vor dem 2. Oktober, dem Datum der ersten Sitzung, nahm die Redaktion die Stellung ein, auf die sie dreimal gerechten Anspruch hat. Nach dem 29. Oktober, dem Tage des Hintritts der sechs Redakteure, „soll und darf“ an diesem Zustande nichts geändert werden. Zwischen dem 2. und 29. Oktober aber erschien dem Parteivorstand die Nicht-Einladung zu den Beratungen „so selbstverständlich“, daß er gar nicht daran dachte, dagegen Einspruch zu erheben. Zwischen dem 2. und 29. Oktober ist das Umgekehrte von dem „selbstverständlich“, was vorher und nachher als selbstverständlich gilt.

Die erste Beschuldigung der sechs Entlassenen besteht also zu Recht. Der Parteivorstand hat hier den Parteivorstand zu Boden geschlagen.

2. Die Beratungen sind geheim gewesen; das heißt, den Teilnehmern ist die Verpflichtung auferlegt worden, den Betroffenen gegenüber zu schweigen.

Was sagt der Parteivorstand hierzu? An der einen Stelle:

Es ist auch absurd, wenn die sechs Redakteure von diesen und den folgenden Sitzungen von geheimen Sitzungen sprechen. Alle derartigen Sitzungen sind nicht öffentlich; das sollten Leute, die oft genug an ähnlichen Sitzungen teilnahmen, allmählich begriffen haben.

Und eine Spalte weiter:

Ueber die gepflegten Verhandlungen wurde vorläufige Geheimhaltung beschlossen.

Dieser letztere Beschluß stellte sich schon am nächsten Tage als hinäufig heraus. Einmal wurde auch während der Sitzung festgestellt, daß einer der sechs Redakteure längere Zeit als Zuschauer an der Tür zum Konferenzzimmer stand und weiter ergab sich, daß auch aus dem Kreise der Beratenden der einstimmige Schweigebeschluß nicht gehalten worden war.

Von jetzt ab wurden die Sitzungen statt im Konferenzzimmer der Redaktion im Bureau des Parteivorstandes abgehalten.

Mso es ist „absurd“ wenn die sechs Entlassenen von geheimen Sitzungen sprechen. Die Geheimhaltung ist aber einstimmig, so daß auch vom Parteivorstand, beschlossen worden. Um vor „Läuscher“ sicher zu sein, flüchteten die Teilnehmer sogar hinter die eisernen Türen des Parteibureaus.

Aber, heilsame sind deswegen die Sitzungen nicht als geheim zu bezeichnen; sie waren nur „nicht öffentlich“ denn — die preussische Polizei war nicht vertreten.

Um den deutschen Sozialdemokraten darzulegen, daß das „Geheim“ einer parteieigenen Sitzung nur in ihrer Nicht-Überwachung durch die Polizei besteht — dazu muß der Vorstand der deutschen Sozialdemokratie sich in einer „Deutlich“ bemühen. Diese Schrift gibt allerdings zu denken!

Fazit: Auch die zweite Beschuldigung der sechs Entlassenen besteht zu Recht. Der Parteivorstand hat auch hier den Parteivorstand zu Boden geschlagen!

3. Die willkürlichen Maßregelungen. Was sagt dazu der Parteivorstand? Um eine „Bemerkenswerte“ Mehrheit in der Redaktion zu schaffen, hat er am 6. Oktober in der gemeinsamen Sitzung mit der Preßkommission folgende Vorschläge gemacht:

den Genossen Bäcker und Galisti zu kündigen, den Genossen Hülle in die Redaktion einzuführen und an Stelle Hülle einen neuen Redakteur einzustellen.

Das war selbst der Berliner Preßkommission zu toll. Drei Abzüge weiter heißt es:

Die erwähnten Vorschläge des Parteivorstandes wurden von der Preßkommission als völlig unangelegentlich bekannt. Der Parteivorstand wolle ein paar „kleine“ Redakteure preisgeben, aber die eigentlich Schuldigen in der Redaktion belassen; damit ist den Berliner Genossen nicht gedient.

Die Preßkommission will also wenigstens ihrerseits ganze Arbeit machen und allen „etwaslich Schuldigen“ den Laufpaß geben? Bewußt! Erwider, den verdienstvollen Verfasser, läßt sie auf ihrem Platz und läßt sie sich kein Haar krümmen, obwohl er es gewesen, der die Polizei gegen Anstalt vor dem Januar-Parteitag geführt hat. „Der“ Genosse und Begleiter sollen von den „etwaslich Schuldigen“ wegen: nicht haben soll noch der „kleine“ Bäcker Bäcker daran glauben, während dem „kleine“ Hülle Hülle die Genossen der Preßkommission küssen. Die beste Feder — Kämer — und die verantwortliche Arbeitkraft — Schröder — will sich die Preßkommission als vornehmer Unternehmener sein.

Fazit: Hier wir dort eine glatte willkürliche Maßregelung, um aus einer Redaktionsmehrheit eine „Bemerkenswerte“ Redaktionsmehrheit zu machen.

Auch die dritte Beschuldigung der sechs Entlassenen besteht zu Recht. Parteivorstand und Preßkommission haben sich gegenseitig zu Boden geschlagen.

4. Die allgemeine Auslieferung in Form der Kündigung aller Redakteure mit Ausnahme um Wiederbestellung. Was sagt dazu der Parteivorstand?

Da der der Vorstand nicht anders konnte sein, daß die sechs Redakteure abberufen wurden, ist es klar, daß man einwenden kann, daß es sich um eine willkürliche Maßregelung handelt, um die sechs Redakteure zu beschuldigen, der gelebten Redaktions-

zu kündigen und eine neue Redaktion zusammenzusetzen.

„Um die Erörterungen zu vereinfachen“ — gewiß! Um die Erörterungen zu vereinfachen, haben auch die Textilfabrikanten in diesen Tagen 19000 Arbeitern die Fabriktore vor der Nase zugepflockt; wer auf Arbeit und Lohn verflochten, mag sich in acht Tagen melden, wenn die „Herren im Hause“ ihre „neue“ Arbeiterschaft „zusammensetzen“. Bedingung für die Bewerber: Solidarität ist ein Paster, das mit Stumpf und Stiel, mit Ausperrung und Maßreglung ausgerottet werden muß.

Fazit: Auch die vierte und letzte Beschuldigung der sechs Entlassenen besteht zu Recht. Der Parteivorstand hat auch hier den Parteivorstand zu Boden geschlagen!

Wir sind vorläufig am Ende. Manches ist noch zu der Angelegenheit zu sagen, aber wir beschränken uns darauf, eine einzige allgemeine Bemerkung anzufügen. Der sozialdemokratische Redakteur steht zum fundamentalen Unterschied von den Goldschreibern der bürgerlichen Presse zu seinen „Arbeitgebern“ nicht in einem untergeordneten Dienst, sondern in einem gleichberechtigten Verhältniß. Das besagt, daß er sein Amt niederzulegen hat, sobald er mit der Mehrheit seiner Auftraggeber in einen irgendwie andauernden Gegensatz gerät. Der betreffende Redakteur sucht sich dann eine neue Stelle und die betreffenden Genossen suchen sich einen neuen Redakteur.

Nach diesem Grundsatz, der im Wesen unserer Partei wurzelt, ist immer und überall verfahren worden. Mit der Wahrnehmung, daß die Partei im allgemeinen nicht über zu große Festhaftigkeit, vielmehr über zu große Flexibilität ihrer Redakteure zu klagen hat. Sollte irgendwo ein Diktator sitzen, der das demokratische Deutschland nicht versteht, so muß ihm allerdings mit einer Kündigung nachgeholfen werden; mit einer Kündigung, über die auch dann in Gegenwart des Betroffenen mindestens zu beraten ist. So einen Diktator hat es aber unfreiwillig in der deutschen Sozialdemokratie noch nicht gegeben. Sollte er wirklich mal anjauchen, so würde natürlich keiner seiner Kollegen für seine Beibehaltung eine Feder rühren.

Ganz anders liegen die Dinge in Sachen der früheren „Vorwärts“-Redaktionsmehrheit. Sie hat noch niemals von den entscheidenden Instanzen, am allerwenigsten dann, wenn Groß-Berlin zur Beratung hinzugezogen wurde, ein Mißtrauensvotum erhalten. Im Gegenteil! Ihre Ansichten und Ausführungen haben stets eine Mehrheit, unfreiwillig sogar eine imponierende Mehrheit auf sich vereinigt. Es lag für sie also nicht der geringste Grund vor, zurückzutreten und der Minderheit das Feld zu räumen.

Trotz alledem ist sie jetzt zum Rücktritt gezwungen und überdies, um mit Wexler auf der Generalversammlung des Wahlkreises Teltow-Beeskow-Storkow in Charlottenburg zu sprechen, hinausgeworfen worden wie Hausdiener, die Unterschlagungen begangen haben“. Die tieferen Gründe für diesen in der Sozialdemokratie noch nicht erlebten Vorgang sind uns, den Fernstehenden, natürlich noch verborgen. Wir beginnen aber zu verstehen, weshalb zwischen dem 2. und 29. Oktober die Teilnahme der Redaktion an den Beratungen nicht selbstverständlich wurde, während sie vor dem 2. Oktober selbstverständlich war und nach dem 29. Oktober wieder selbstverständlich wird.

Und das passiert in der deutschen Sozialdemokratie! Und das alles unternimmt der Vorstand eben dieser deutschen Sozialdemokratie in der Annahme: „Wir haben kein Recht, was wir im Parteinteresse für unsere Pflicht hielten!“ Man greift sich an den Kopf und sagt es nicht.

Aber es ist möglich, diesen Gedanken weiter auszuspielen. Die Genossen im Lande haben ja jetzt das Richteramt auszuüben und von der Art, wie sie dieser Aufgabe gerecht werden, wird es abhängen, ob fortan noch ein deutscher Sozialdemokrat aufrecht stehen kann über undemokratisches und unsozialistisches kapitalistisches Herrtum den Stab brechen darf. —

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 1. November 1905.

Die zukünftige Staatsform Preußens.

Wie aus Christiania telegraphiert wird, wurde in der gestrigen Sitzung des Ausschusses der Antrag der zehn Mitglieder der Volksabteilung über die zukünftige Staatsform mit 26 gegen 20 Stimmen abgelehnt. Ein Antrag von 26, wonach eine Verfassungsreform stattfinden sollte, wurde mit 26 gegen 20 Stimmen gleichfalls abgelehnt. Schließlich wurde mit 27 gegen 20 Stimmen der Regierungsvorschlag angenommen, nach welchem die Regierung ermächtigt wird, mit dem Prinzen Karl von Dänemark darüber zu verhandeln, daß er die Krone als König von Norwegen unter der Voraussetzung annimmt, daß das norwegische Volk durch eine Volksabstimmung seine Zustimmung zu dem Schluß des Ausschusses und der Regierung gibt. —

Eine Wahlrechtsdemonstration in Wien.

Gegenwärtig liegt in Wien der Antrag der österreichischen Sozialdemokratie, dessen erster Beratungstag gestern abgehalten wurde mit der Bestimmung des Parteitag, aus Anlaß eines „Kaisertag“ zu machen. Auf die Kunde vom Wank der Regierung eine Wahlrechtsdemonstration, über die der Tagesbericht berichtet:

Der Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie wurde am Abend einen Demonstrationen vor dem Reichstagsgebäude für die Bestimmung des allgemeinen Wahlrechts. Da die Demonstration in der Nacht die Festsetzung des Vorgehens und durch eine Maßnahme ange-

kündigt wurde, war die Polizei davon unterrichtet. Alle Zugänge zur Burg vom Ring und aus dem Innern der Stadt waren mit Polizei stark besetzt und für die Passage gesperrt. Nach 5 Uhr strömten Tausende von Arbeitern auf dem Burgring und dem Franzensring zusammen und besetzten die Kanäle des Reichstagsgebäudes. Als die Menge angesammelt war, ertönten stürmische Rufe: „Seraus mit den allgemeinen Wahlrecht! Nieder mit Gaultsch! Hoch die Revolution!“ Von der Parlamentsrampe aus hielten die sozialistischen Parteiführer Reden, worin zum Kampf gegen Reaktion und Absolutismus aufgefordert, aber vor Gewalttätigkeiten gewarnt wurde. Trotz der erregten Stimmung der Menge kam es zu keinem Konflikt mit der Polizei, die eine sehr reifer Haltung beobachtete und nirgendwo aktiv eingriff. Gegen 8 Uhr zogen die Massen ab. Der Kaiser war während der Demonstration nicht in der Hofburg, sondern in Schönbrunn. —

Revolutionäre „Herren“.

Der heftige Landtag ist am Mittwoch geschlossen worden; am 15. November finden schon die Neuwahlen statt. Wieder wird nach dem indirekten Verfahren gewählt, weil die reaktionären Machenschaften des nationalliberalen Politikers Dr. v. Seyl in der ersten Kammer die Wahlvorlage, welche das direkte Wahlrecht vorsah, abermals gescheitert ist.

Wie den Lesern der „Volksstimme“ bekannt ist, hatten die privilegierten Vertreter der Herrschaft, deren gesetzgeberische Tätigkeit in der ersten Kammer unabhängig vom Vertrauen des Volkes, lediglich begründet ist auf die Vorrechte der Geburt und des Geldbesitzes, für ihre Zustimmung zum direkten Wahlrecht die Erweiterung ihres Budget- und Gesetzgebungsrechts verlangt. Um die „egoistischen“ Sonderbestrebungen, welche durch das direkte Wahlrecht im Volke zutage traten, zurückzudämmen, verlangten die „Herren“ die Erweiterung ihrer eignen, aus dem Mittelalter stammenden Privilegien. Die Antwort der Volksvertretung auf diese dreiste Forderung war die einstimmige scharfe Ablehnung derartiger Vorschläge, womit natürlich die Wahlrechtsvorlage wiederum gescheitert ist. Das heftige Volk schreitet also abermals an die Urne unter dem ungerechten Bevormundungssystem, dem Wahlmännerystem, weil ihm keine „Herren“ das direkte Wahlrecht verweigern. Die Sozialdemokratie wird den Wahlkampf führen unter der Parole „Nieder mit der ersten Kammer!“, und es darf sicher erwartet werden, daß sie bedeutende Erfolge verzeichnen wird.

Aber neben der Wahlrechtsvorlage haben die „Herren“ in Gessen im Verlauf kurzer Zeit noch eine zweite hochbedeutende Vorlage zum Scheitern gebracht, die Gemeindesteuervorlage. Wir haben diese Vorlage in der „Volksstimme“ besprochen. Die Sozialdemokraten haben an dem Entwurf eine scharfe Kritik geübt und durch Abänderungsanträge versucht, die Vorlage in ihrem Sinne zu gestalten, andererseits ist aber von ihnen auch nicht verkannt worden, daß der Entwurf gegenüber dem bestehenden Steuermodus wesentliche Vorteile in sich schließt. „Die Erste Kammer hat nun nach einem Bericht ihres Vorstands Dr. v. Seyl beschlossen, der Regierung einfach den Entwurf mit dem Ersuchen zurückzugeben, ihn neu zu bearbeiten. Während der Ausschuss der zweiten Kammer sich in 18 langen Sitzungen mit der schwierigen Materie befaßt hatte, war der Ausschuss der „hohen und erlauchten Herren“ schon nach zwei Sitzungen zu einem verworrenden Verdict gekommen. Die Herren arbeiten geschwinde!

Warum wollen die „Herren“ nun das vorliegende Reformwerk nicht? Die Kritik, die ihr Berichterstatter Seyl an dem Entwurf übt, deckt sich in einem Punkt mit der von den Sozialdemokraten geübten. Seyl hält nämlich auch das Verbot des Schuldenabzugs bei der Feststellung des zu verzinrenden Grund-, Betriebs- oder Kapitalvermögens für ungerecht. Statt nun aber mit uns die Entfernung dieser Bestimmung aus dem Gesetz zu fordern und die damit eine verbesserte, fortschrittlichere Gestalt zu geben, vertritt er die ganze Grundlage der Reform. Er verlangt die Beibehaltung des alten Besteuerungsmahtrabes nach dem „Ertrag“, hat, wie der Entwurf vorseht, nach dem „gemeinen Wert“ des in Landwirtschaft oder Gewerbe angelegten Vermögens. Da gegenwärtig nach einem aus dem Jahre 1820 stammenden „Ertragschema“ die Grundsteuer berechnet wird, so liegt auf der Hand, daß der „Ertrag“ weit geringer ist, als der heutige „gemeine Wert“. Seyl müßte also eine höhere Besteuerung des Grundvermögens vorschlagen. Warum? Weil er den großen Grundbesitzer schonen möchte. Überdies ist die Besteuerung des Grundvermögens nach dem wahren Wert bei der Staatssteuer schon heute durchgeführt.

Seyl ist auch sozialpolitisch fortgeschritten. Man höre nur: Er wünscht besondere Bestimmungen für die Hausknechte, Stauen und Waisen in Stadt und Land und meint, man solle die kleinen Gewerbetreibenden mit einem Einkommen unter 1200 Mark und einem Betriebskapital unter 3000 Mark von der Gewerbesteuer freilassen. Dagegen hätten die Sozialdemokraten natürlich nichts einzuwenden. Die Freilassung oder sehr niedrige Besteuerung aller Minderbemittelten läßt sich am besten dadurch erreichen, daß man auch die Vermögenssteuer, die praktisch wie die kommunale, progressiv gemakert. Warum fällt sich Herr v. Seyl nicht diesem sozialdemokratischen Vorschlag an? Weil es ihm vor allem um den Schutz der Reichen und Reichlichen, zu denen er selbst gehört, bei seiner ganzen Steuerpolitik zu tun ist. Für die Gewerbetreibenden will Seyl ein Tarifsystem nach dem mittleren Ertrag ausgearbeitet wissen. Die Besteuerung nach dem im Verhältnisse stehenden Vermögen ist ihm besonders aus demselben Grunde, weil die Deklarationspflicht damit verbunden ist.

Doch Seyl auch die Kapitalrenten noch mehr schonen möchte, vertritt sich von selbst, damit diese so „leicht beworbene“ Reue nicht den höchsten Strauß von den Parteiführern herein und auseinanderwahren.

Das Beste aber leistet der „Sozialpolitiker“ Seyl ohne Zweifel dadurch, daß er durchläuft gegen die Vorschläge zu wachsen. Er legt in die eine verfassungswidrige Konstitution der legitim erworbenen Eigentums. Danach wäre allerdings jede Besteuerung als Wegnahme von rechtmäßig erworbenen Besitz verfassungswidrig. Eine wunderbare Theorie!

H. Lublin

Handschuhe

Damen-Handschuhe

- Damen-Handschuhe Trikot, mit angewebtem Futter . . . Paar 18 **10** Pf.
- Damen-Handschuhe Perlmuster, Trikot Paar 25 **18** Pf.
- Damen-Handschuhe bunt gestreift und kariert Paar 25 **18** Pf.
- Damen-Handschuhe Double-Trikot, mit angewebtem Futter . . . Paar 35 **25** Pf.
- Damen-Handschuhe reine Wolle, weiß Perltrikot Paar 40 **30** Pf.
- Gestrickte woll. Damen-Handschuhe in bunt, schwarz und weiß . . . Paar 35 bis **70** Pf.

Damen-Handschuhe

- Damen-Handschuhe mit Druckverschluss Trikot, mit Bieraufnaht Paar 25 **20** Pf.
- Damen-Handschuhe Schwedisch Leder-Imitation Paar 35 **30** Pf.
- Damen-Handschuhe „Victoria“ ff. Trikot, mit weißem Faspel, mit 5 fach seidener Bieraufnaht und Goldknöpfen . . . Paar **65** Pf.
- Damen-Handschuhe „Barewna“ Ia. reine Wolle, eleg. Sitz, feinste Ausstatt. . . Paar **75** Pf.
- Damen-Handschuhe „Augusta“ ff. Trikot, mit elegantem feinfarbigem Seidenfutter, vornehm ausgestattet Paar **1.00**

Spezialmarken

wohlfeile Neuheiten hochmodern.

Renntier-

Damen-Handschuhe aus Wildleder-Imitation

mit gleichartigem Futter, im Stoff äußerst weich und angenehm im Tragen. Ausgestattet mit Bieraufnaht u. eleganten Druckknöpfen, vorrätig in farbig, schwarz u. weiß.

Marke „Renntier“ Paar **50** Pf. Marke „Renntier Elegant“ Paar **80** Pf.

Wildleder-

Damen-Handschuhe aus doppeltem Stoff

vorzüglichste Leder-Imitation, besonders weich und haltbar, eleganter Sitz. Ausgestattet mit seidener Bieraufnaht. Vorrätig in farbig und schwarz.

Marke „Wildleder“ Paar **80** Pf.

Herren-Krimmer-Handschuhe

- Krimmer mit Lederbesatz . . . Paar 55 **45** Pf.
- Krimmer mit Lederbesatz und Druckverschluss Paar 1.00 **90** Pf.
- Krimmer mit Lederbesatz und Druckverschluss . . . Paar 90 **65** Pf.
- ff. Krimmer mit Ia. Lederbesatz und Druckverschluss . . . Paar **1.50**

Herren-Handschuhe

- Herren-Handschuhe Trikot, mit Druckverschluss Paar **30** Pf.
- Herren-Handschuhe Double-Trikot, mit Patentverschluss . . . Paar **45** Pf.
- Herren-Handschuhe „Bibelne“ Wildleder-Imitation, mit Druckverschluss Paar **55** Pf.
- Herren-Handschuhe „Barewna“ Ia. reinwoll. Trikot, eleganter Sitz, vorzüglich im Tragen Paar **85** Pf.
- Herren-Handschuhe „Wildleder“ aus doppelter Leder-Imitation, weich und sehr haltbar Paar **85** Pf.
- Herren-Handschuhe „Derby“ aus Ia. Trikot, mit kariertem woll. Futter ganz durchgefüttert, sehr warmhaltend . . . Paar **1.00**

Militär-Handschuhe

- Militär-Handschuhe mit angewebtem Futter Paar **35** Pf.
- Militär-Handschuhe mit angewebtem Futter u. Druckverschluss Paar **45** Pf.
- Militär-Handschuhe extra Qualität, mit Druckverschluss . . . Paar **70** Pf.

Gestrickte Faust- und Finger-Handschuhe
Tuch- und Drell-Fausthandschuhe.
Blauwollene Walk - Fausthandschuhe.

- Gestrickte Fäustel in rot u. marine Paar 5-14 Pf.
- Gestrickte wollene Fäustel mit Schur u. Quoten, in farbig u. weiß Paar 15-35 Pf.
- Kinder-Trikothandschuhe Paar 15-60 Pf.
- Bunte Kinderhandschuhe Paar 15-60 Pf.

Buntgestrickte wollene Kinder-Handschuhe

	Größe	1	2	3	4	5	6	7	8
bunt geringelt	Paar	15	17	19	22	25	28	31	34
do. mit Doppel-Manschette	Paar	18	21	24	27	30	35	40	45
einfarb. weiß m. Dopp.-Mansch.	Paar	—	25	30	35	40	45	50	—

- Knaben-Krimmerhandschuhe Paar 25-30 Pf.
- Knaben-Krimmerhandschuhe mit Lederbesatz Paar 60-85 Pf.
- Knaben-Trikothandschuhe Paar 15-50 Pf.
- Knaben-Ringwoods reine Wolle Paar 15-60 Pf.

Damen-Glacéhandschuhe

nur bewährte Qualitäten

- Lucie 2 Druck in farbig, schwarz und weiß . . . Paar 100 u. **75** Pf.
- Suède franz. Suède-Damen Handschuhe, 3 Knöpf., in farbig Paar **1.00**
- Edith Sammler, 2 Druck, in farbig, schwarz und weiß Paar **1.25**
- Käthe vorzügliche Qualität 2 Druck in farbig, schwarz weiß, gelb und silbergrau . . . Paar **1.50**
- Irene Ia. Sammler, 2 Druck elegantes Farbenfortiment . . . Paar **2.00**
- Damen-Juchten 2 Horndruck, rot und grau Paar **2.25**
- Damen-Nouveauté m. ganz mod. Leder- u. Stepper-Ausst., in hell, mittel- u. dunkel. Paar **2.25**



Alleinverkauf

der beliebten

französisch. Ziegenleder-Handschuhe

von

Alphonse Terray, Chaix & Cie., Grenoble.

Ia. Qualität. Eleganter Sitz.



Garantie für jedes Paar

<p>Sortiment II in hell, mittel- und dunkelfarbig Paar 2.25 M.</p>	<p>Sortiment I in schwarz, weiß und allen Rodfarben Paar 2.75 M.</p>
--	--

Herren-Glacéhandschuhe

nur bewährte Qualitäten

- Herbert weiß Sammler 1 Druck Paar **1.00**
- Lothar Sammler, 1 Druck in farbig, schwarz und weiß Paar **1.25**
- Werder Sammler, 1 Druck in farbig, schwarz und weiß Paar **1.50**
- Gentleman Herrenstepper 1 Druck Paar **1.50**
- Florenz Ia. Herrenstepper 2 Druck Paar **2.25**
- Juchten durchgefärbter prima Herrenstepper, 2 Druck Paar **2.25**
- Echt Wildleder in weiß, gelb und grau Paar **2.25**
- Nappa Farbe u. Reithandschuhe vorzügliches Fabrikat Paar **2.50**

Gefütterte Glacé-Handschuhe

- Damen-Glacéhandschuhe mit 2 Druckknöpfen, vollständig gefüttert . . . Paar 1.25 **1.00**
- Damen-Glacéhandschuhe Marke „Imperial“, 2 Druck Paar **1.60**
- Damen-Glacéhandschuhe Marke „Stepper“, mit wollenem Futter, 3 Druck Paar **2.00**
- Mädchen- u. Knaben-Glacéhandschuhe Marke „Imperial“, mit Druckverschluss . . . Paar 1.25 **1.00**
- Damen-Glacéhandschuhe mit Seidenfutter, 3 Druck Paar **2.00**
- Herren-Glacéhandschuhe mit Druckverschluss, vollständig gefüttert . . . Paar 1.25 **1.00**
- Herren-Glacéhandschuhe Marke „Imperial“, mit Druckverschluss Paar **1.60**
- Herren-Glacéhandschuhe Marke „Stepper“, mit wollenem Futter und Druckverschluss Paar **2.00**
- Verbum — graue Suède-Herren-Handschuhe mit woll. Futter u. Druckverschluss Paar **3.00**

Gummi-Glacéhandschuh-Reiniger **20** Pf.

Gummi-Glacéhandschuh-Reiniger **20** Pf.

Die Regierung versuchte durch Herausgabe einer umfangreichen gründlichen Denkschrift, welche die heftigste Debatte zur Folge hatte, die Erste Kammer zu bewegen, der Vorlage dennoch zuzustimmen. Aber vergeblich! Die „Herren“ folgten aus Standesinteressen ihrem Einpaule und warfen der Regierung und Volksvertretung die Vorlage vor die Füße. Die Zweite Kammer antwortete auf diese Herrenwillkür mit einem einmütigen Ersuchen an die Regierung, auf ihrem Standpunkt zu beharren und dem nächsten Landtag sofort die Vorlage wieder vorzulegen.

Innerhalb weniger Wochen hat das heftigste „Herrenhaus“ so dem Staate zwei wichtige Gesetzesvorlagen zertrümmert und sich wiederum als Hindernis jeder fortschrittlichen Entwicklung gezeigt. Wird sich das Volk gegen die Herren zu erheben wissen? Die Wahlen werden es zeigen! — ag.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 1. November 1905.

— **Ein Besuch am Regium ihrer Gehaltsverhältnisse** haben die Volksschullehrer dem Magistrat zugestellt. Da es auf der Tagesordnung der kommenden Stadtverordnetenversammlung steht, geben wir es in seinen Hauptpunkten wieder:

Die letzte Verbesserung der Lehrergehälter erfolgte am 1. April 1902. Sie betraf die Hauptstädte nach in einer Erhöhung des Grundgehalts um 100 Mk. (von 1100 auf 1200 Mk.) und des Gehalts der Wissenschaftler um 50 Mk. (von 450 auf 500 Mk.). Die Lehrerschaft erkannte die Aufbesserung ihrer Gehälter in Rücksicht auf die finanzielle Lage der Stadt seinerzeit dankbar an, war sich aber bewusst, daß die beschlossenen Gehaltsätze den tatsächlichen Bedürfnissen nicht Rechnung trügen. Auch blieben die Gehälter hinter diejenigen fast aller Großstädte und vieler kleineren Orte weit zurück. Daher ist die hiesige Lehrerschaft der Meinung, daß die damalige Neuordnung ihrer Gehälter nicht für eine längere Zeit berechnet sein konnte. Der Lehrerverein erlaubt sich deshalb um eine durchgreifende Erhöhung der Besoldungsätze für die hiesigen Volksschullehrer zu bitten.

Unsere Bitte bezieht sich in erster Linie auf die Erhöhung des Grundgehalts, das zurzeit 1200 Mk. beträgt. In den ersten 4 Dienstjahren bezieht der Lehrer nur vier Fünftel hiervon, also in Magdeburg 960 Mk. jährlich. Nach den ministeriellen Ausfertigungsbestimmungen zum Gesetz betreffend das Dienstverhältnis der Lehrer vom 3. März 1897 soll das Grundgehalt dem Lehrer die Gründung eines eignen Hauses standes entsprechend. Daß ein Einkommen von jährlich 1200 Mk. nicht ausreicht, um die Bedürfnisse eines Heimen, nach so bedeuten ein-gerichteten Lehrerschulhauses zu befriedigen, wird niemand bezweifeln. Es sollen davon nicht nur die Kosten der Lebensführung für 2-3 Personen (Lebensunterhaltung, Kleidung, Verpflegung, Heizung, Steuern, Versicherungsprämien), sondern auch die Ausgaben bei Erkrankungen von Familienmitgliedern und die erheblichen Opfer für die Fortbildung des Lehrers (Bücheranschaffungen, Besichtigung an Kurorten, Vorlesungen usw.) bestritten werden. Dazu kommt noch, daß Magdeburg mit zu den teuersten Orten der Provinz gehört. Diesen Nachteil hat der Magistrat selbst gestiftet bei den wiederholten Bemühungen, die Einreichung der Stadt in die Bezirksklasse II zu erlangen.

Die niedrige Bemessung des Grundgehalts beeinflusst die wirtschaftliche Lage des Lehrers ganz empfindlich, auch in den späteren Dienstjahren. Denn ist der Lehrer in den ersten Jahren seiner Amtstätigkeit in Not geraten, so sind auch die späteren Alterszulagen nicht imstande, ihn aus der schlechten wirtschaftlichen Lage zu befreien, da sich die Lebensbedürfnisse, namentlich bei Familienzuwachs, beständig steigern. Wenn dem Lehrer kein ausreichendes Gehalt zur Verfügung steht, so ist er gezwungen, sich durch Nebenberufstätigkeit zu helfen, meistens zum Nachteil für seine Gesundheit und zum Nachteil für die Schule; daher bitten wir um eine Erhöhung des Grundgehalts, und zwar auf 1500 Mark.

Unsere Bitte bezieht sich ferner auf die Erhöhung der Wissenschaftsbezüge. Diese beträgt gegenwärtig für Lehrer mit eigenem Hausstand bis zum vollendeten 15. Dienstjahr 100 Mk. und bis zu 500 Mk. Einmütlich angelegte Lehrer ohne Wohnung oder ohne eigenen Hausstand erhalten 300 Mk. Das ist eine Zusammenfassung im Vergleich mit der Stadt Magdeburg für 1905—06 beträgt der durchschnittliche Wissenschaftsbezug der Lehrenden Wohnungen mit drei bis vier Zimmern 420 Mk. und mit vier bis fünf Zimmern 620 Mark. Eine Wohnung mit drei bis vier Zimmern aber ist für eine Lehrerehe völlig unzureichend. Es ist auszuheben, daß Eltern und Angehörige in einem Zimmer schlafen können: ebensowenig gibt es ein Wohnzimmer. Es sind also zwei bis drei Zimmern für eine Lehrerehe unentbehrlich erforderlich. Aus den angegebenen Gründen bitten wir um eine Erhöhung der Wissenschaftsbezüge auf 600 Mk.

Die unzureichenden Gehälter ohne eigenen Hausstand bezeugen die Notlage der hiesigen Lehrerschaft. Wir empfehlen sie dem Magistrat und bitten um die nötigen Maßnahmen und bitten, auch die volle Wissenschaftsbezüge gewährt zu werden, was wir bitten, daß ihnen ein gesetzliches Anrecht darauf zufließt. Wenn man anerkennt, daß sämtliche hiesigen und anderen Mittelstädte die Gehaltsätze einer Mittelstadt Magdeburg und daß die betreffenden Lehrer nicht nur einen Gehaltsbezug haben, sondern auch einen Wohnungszuschlag erhalten, so dürfte die hiesige Lehrerschaft sich nicht unzureichend empfinden. Die Gehaltsätze sollen, ohne Wohnungszuschlag, 2 Mk. 50 Pf. betragen, Magdeburg und Halle 3 Mk. 50 Pf. betragen, was dem Lehrern ein gleiches Einkommen sichergestellt.

— **Der Streit der Richter bei der Stadtverordnetenversammlung** ist nach langem Hin- und Hergehen am Montag beendet. Sämtliche Richter haben dem Magistrat zugestimmt.

— **Wohnung, Grabstein, Schloß!** Die hiesige Lehrerschaft hat sich in der letzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung mit dem Magistrat auseinandergesetzt. Grund der Sache ist die Wohnung der hiesigen Lehrerschaft. Die Stadtverordneten haben beschlossen, die hiesigen Lehrerschaft zu unterstützen. Die Stadtverordneten haben beschlossen, die hiesigen Lehrerschaft zu unterstützen. Die Stadtverordneten haben beschlossen, die hiesigen Lehrerschaft zu unterstützen.

— **Präsident des Stadttages beim Reichsfest.** Die Stadtverordneten haben am Montag die Sitzung abgehalten. Die Stadtverordneten haben beschlossen, die hiesigen Lehrerschaft zu unterstützen. Die Stadtverordneten haben beschlossen, die hiesigen Lehrerschaft zu unterstützen. Die Stadtverordneten haben beschlossen, die hiesigen Lehrerschaft zu unterstützen.

— **Der Streit der Richter bei der Stadtverordnetenversammlung** ist nach langem Hin- und Hergehen am Montag beendet. Sämtliche Richter haben dem Magistrat zugestimmt.

Wespaus Pferde wurde der Wagen beiseite gezogen, und dann die Last auf ein requiriertes Fuhrwerk überladen. —

— **Eine Störung in der Zufuhr des elektrischen Stroms** trat am Montag und Dienstag in einigen Teilen unserer Stadt ein. Am Montag abend mußten deswegen schon im Zirkus und Wilhelmtheater die Vorstellungen auf kurze Zeit unterbrochen und konnten nur unter Zuhilfenahme der Reserve-Beleuchtungsanlagen fortgesetzt werden. Am Dienstag war auch noch in einigen größeren Fabrik-Etablissements und Lokalen nur mangelhafte Beleuchtung, ebenso fehlte in vielen Häusern der Wilhelmstadt, die auf das elektrische Licht angewiesen sind, die Treppen- und Hausbeleuchtung. Die Ursache liegt in der Störung der Kabelleitung. —

— **Unfälle.** Dem Dreherlehrling Paul Frieside aus Fernerleben fiel Mittwoch früh bei der Arbeit in der Fabrik von Otto Gruson in Budau ein Radkranz auf den linken Fuß, der dadurch eine starke Quetschung erlitt. Der Former Max Schmidt aus Sudenburg wurde am Mittwoch früh in der Maschinenfabrik von Friesem u. Co. in der Neuestraße von einem Treibriemen erfaßt. Er erlitt einen Armbruch. Beide Verunglückte fanden Aufnahme in der Sudenburger Krankenanstalt.

— **Unfälle.** Die Frau des Arbeiters Böhlert, Moskstraße wohnhaft, welche gestern nachmittag in einem Hause der Gustaf-Adolf-Straße mit Kohlenwagen beschäftigt war, stürzte dortselbst mit der vollen Tracht die Kellertreppe hinab. Sie zog sich dabei stark blutende Verletzungen im Gesicht und am Hinterkopf sowie eine Verstauchung der rechten Hand zu. Die Verletzte wurde bei einem in der Nähe wohnenden Arzt verbunden. —

— **Einen Selbstmordversuch** hat die bei ihren Eltern in der Großen Mühlenstraße hieselbst wohnende ledige Emma F. am Montag nachmittag unternommen. Sie wurde in einer beschlossenen Wohnung in der Nachtstraße, die durch einen Schloffer geöffnet werden mußte, besinnungslos an der Erde liegend aufgefunden. In der rechten Hand hielt das Mädchen einen Dolch. Das Zimmer war mit Kohlenkästen angefüllt. Die Motive zu der unglücklichen Tat sind bis jetzt unbekannt.

— **Unfälle.** Vom Dienstag werden folgende Unfälle gemeldet: Der Eisenbahnarbeiter Friedrich Kreuz aus Fernerleben hat sich in der Eisenbahnwerkstatt in Budau, wo er beschäftigt ist, zwischen zwei Rädern die rechte Hand gequetscht. — Dem Arbeiter Fritz Behre aus Budau schlug in der Fabrik von Otto Gruson u. Co. bei der Arbeit eine Kurbel gegen den Kopf, wodurch er eine Verletzung des linken Auges erlitt. — Der Arbeiter Eberhard Schreiber aus Gracau geriet bei einer Reparatur zwischen zwei Hobelbänke, er erlitt dabei einen Oberschenkelbruch. Die drei Verletzten fanden in der Krankenanstalt Sudenburg Aufnahme. —

— **„Keine Zeit“** hatte am Dienstag abend wieder mal eine junge Dame. Sie sprang kurz hinter der Haltestelle Kaiser-Wilhelmplatz auf einen eben abfahrenden Straßenbahnwagen, rutschte ab und wurde eine Strecke mitgeschleift, bis es gelang, den Wagen zum Halten zu bringen. Einige Lebensmündigkeiten seitens der Fahrgäste, beschmutzte und auch etwas zerrißene Kleider waren die Folge der unangebrachten Eile. —

— **Gestohlen** wurden am 28. Oktober, abends gegen 5 1/2 Uhr, vom Treppenhaus eines Hauses in der Königstraße zwei weiße Angorazöpfe. Vor deren Ankauf wird gewarnt. —

— **Unsere Feuerwehre** trat im Monat Oktober bei 2 Großfeuern, 4 Mittelfeuern, 6 Kleinfeyern und 1 Schornsteinbrand sowie bei 5 anderen Gelegenheiten in Tätigkeit. Bei 2 Alarmierungen handelte es sich um blinde Böhm. —

— **Ein Garbinenbrand** entstand Dienstag abend gegen 10 Uhr in einer großen Steinmetzwerkstatt 14 I gelegenen Wohnung infolge unvorsichtiger Umgehens mit einer Petroleumlampe. Der Brand wurde durch Hausbewohner gelöscht. —

— **Zirkus Schumann.** Am Donnerstag abend findet als letzte Vorstellung eine Pant- und Pantomime-Vorstellung statt, die zugleich ein Ehrenabend für Herrn Direktor Schumann sein soll. Es wird ein vorzügliches Programm gegeben. Wünschen wir dem Zirkus auch ein feines letztes hiesiges Spielabend ein volles Haus. —

Gerichts-Zeitung.

Schwurgericht Magdeburg.

Sitzung vom 31. Oktober 1905.

Das Schwurgericht wird gebildet durch den Landgerichtsdirektor Wülfel als Vorsitzenden, den Landgerichtsrat Neumann und den Gerichtsdirektor Dr. Wille als Beisitzer. Die königliche Anklagebehörde vertritt der Staatsanwalt Wilsch. Die Verteidigung führt der Rechtsanwalt Landberg.

— **Freisprechung.** In nichtöffentlicher Sitzung wurde wegen Sittlichkeitsverbrechen verhandelt gegen den Zimmermann Hermann Groß aus Burg, geboren am 27. Dezember 1872. Die Tat ist auf der Landstraße bei Petersdögen am 23. Juni d. J. an der Frau eines dortigen Fleischwursters begangen. Der Angeklagte ist bereits wegen ähnlichen Verbrechens einmal vorbestraft. Auf Grund des Beweisergebnisses vernichtete die Geschwornen die Schuldfrage. Demgemäß erfolgte die Freisprechung des Angeklagten.

Schluss der hiesigen Schwurgerichtsperiode. —

Landgericht Magdeburg.

Sitzung vom 31. Oktober 1905.

— **Unterbrechung.** Der verheiratete Schneider und Landwirt Friedrich Wunne zu Uryleben, geboren 1862, fiel am 14. August d. J. gemeinlich mit seiner 14 Jahre alten Tochter Martha Wunne auf der Landstraße nach Alrensdorfer zwölf Bunde Weizen geschoben haben. Die dem Wirtschaftsleiter Wunne gehörigen und von der Wirtin vom Wunne gefahren waren. Nachdem der Gehobene die angegebene getragenen zwölf Bunde Weizen auf dem Acker des Angeklagten abgeladene, schaffte dieser solche am 16. August heimlich. Die Kammer sollte gegen Wunne zur Unterbrechung und Unterbrechung sein. Von diesen dreizehn 6 Wochen Gefängnis, Wunne konnte nicht freigesprochen. —

Kleine Chronik.

Blüthen, Kistler und Poliget.

— **Die Wirtin Wunne** hat sich am Montag in der hiesigen Kammer zur Unterbrechung und Unterbrechung sein. Von diesen dreizehn 6 Wochen Gefängnis, Wunne konnte nicht freigesprochen. —

Der Tod im Moor.

— **Der Tod im Moor** hat sich am Montag in der hiesigen Kammer zur Unterbrechung und Unterbrechung sein. Von diesen dreizehn 6 Wochen Gefängnis, Wunne konnte nicht freigesprochen. —

Schwere Magdalkfälle.

— **Schwere Magdalkfälle** hat sich am Montag in der hiesigen Kammer zur Unterbrechung und Unterbrechung sein. Von diesen dreizehn 6 Wochen Gefängnis, Wunne konnte nicht freigesprochen. —

Das Lokomotivpersonal wurde lebensgefährlich verbrüht. Nach einständiger Verspätung konnte der Zug die Fahrt fortsetzen. —

23 Menschen ertrunken.

Der schwedische Dampfer „Johann“ und der Rigaer Schoner „Antares“ sind am Freitag bei Blyth zusammengestoßen; der Dampfer „Johann“ sank innerhalb 5 Minuten. 21 Männer und zwei Frauen ertranken. Dem Kapitän und dem Zimmermann sowie dem Zimmermann des „Antares“ gelang es, sich am Kiel eines Bootes festzuhalten, bis sie am Sonnabend morgen gerettet wurden. Die Unglücksstelle wurde genau abgeklärt, jedoch keine Spur von andern Verunglückten gefunden. Der russische Schoner ist mit acht Mann seiner Besatzung vermutlich ebenfalls untergegangen, da keine Spur von ihm entdekt werden konnte. Dadurch würde sich die Zahl der Ertrunkenen auf 31 erhöhen. —

Letzte Nachrichten.

Die russische Revolution.

* **Petersburg, 31. Oktober.** Ein Manifest der Arbeiter erklärt den Zarenverlaß als ungenügend, solange nicht Amnestie gewährt würde. Eben tagt eine Versammlung auf dem Plage vor der Universität. Der Mittelkranz trägt eine rote Fahne, der Balken, als Freiheitskranz rot drapiert, dient als Rednertribüne. Oben der Zentralausschuß der Republikaner. Eben schildert ein Redner die nächtlichen Vorgänge am Technologischen Institut. Blut und Treppow mußte ausgeliefert werden. Rasender Beifall der vieltausendköpfigen Menge. Ueber die Brücken strömen neue Tausende zur Universität. Nirgends ist ein Soldat zu sehen. Die Versammlung vor der Universität ist beendet, die Menge zieht am Winterpalais und am Newski-Prospekt entlang, vorausgetragen wird eine große schwarze Fahne mit der Aufschrift: „Tod den Tyrannen!“ Rechts und links rote Standarten, es folgen an 30 Fahnen von rosa bis dunkelrot. Die Menge singt die Marschlieder beim Mahnen des Zuges, das Publikum nimmt die Mäßen ab, Schutzleute werden aufgefordert, das gleiche zu tun, sie folgen. Die Regierung hat in Uebereinstimmung mit den Demokraten beschlossen, nirgends Widerstand zu leisten, um jeden Anlaß zum Blutvergießen zu vermeiden, andernfalls wird befürchtet, daß es zur Revolution kommt. —

* **Petersburg, 31. Oktober.** Dem Vernehmen nach finden zwischen dem Grafen Witte und dem Justizminister gegenwärtig Besprechungen über den Entwurf eines Amnestiemanifestes statt, durch das den in letzter Zeit verhafteten politischen Verbrechern Straffreiheit zugesichert wird. —

* **Warschau, 31. Oktober.** Das heute erschienene Konstitutionsmanifest wurde von der Bevölkerung kühl aufgenommen. Im Laufe des Tages fanden einige Volksversammlungen und Straßendemonstrationen statt. Der Straßenbahnverkehr ist noch eingestellt. Mittags fand eine Versammlung der Eisenbahner, an der die revolutionären Parteien teilnahmen, statt. Ihr Verlauf war sehr kämpferisch. Es wurde beschlossen, den Ausstand fortzusetzen bis die Aufhebung des Kriegszustandes, eine allgemeine Amnestie und allgemeine geheime Dumawahl bewilligt sind. Der Delegierte der Eisenbahner, Stanislawski, wurde verhaftet. Die Menge beschloß, vor das Gefängnis zu ziehen und seine Freilassung zu fordern. Die Angestellten aller Banken und Bankhäuser traten dem Ausstand bei. Alle Ausstände werden nur mit Aufhebung des Ausstandes der Eisenbahner enden. „Narodny Godyenny“, Organ der Sozialdemokraten, erschien ohne vorherige Zensur. Die Straßen sind von Militär überfüllt, hier und da hört man Schüsse. Viele Verhaftungen wurden vorgenommen. —

— **Petersburg, 1. November.** Gestern vormittag ließ Witte alle Chefredakteure der Blätter zu sich berufen, und bat sie, auf die öffentliche Meinung einzuwirken, weil er seine schwere Arbeit beginnen wolle, gestützt auf die wohlgesumten Teile der Gesellschaft, so schwer und trotzdem der gegenwärtige Moment auch sei. Er habe den Justizminister veranlaßt, die Frage einer politischen Amnestie in Angriff zu nehmen und er sichere zu, daß in kürzester Zeit volle Pressefreiheit gewährt werde. Er werde ferner das Wahlrecht auf der breitesten Grundlage durchzuführen und habe auch die Anordnung getroffen, daß kein Todesurteil vollstreckt werde. Er bitte um einige Wochen Zeit und etwas mehr Vertrauen. Die Anwesenden forderten die sofortige Entlassung Treppows von seinem Amte und die Entfernung des Militärs aus den Straßen, ferner die Bildung einer Bürgerversammlung. Witte erwiderte, die Entlassung des Militärs sei wegen der öffentlichen Sicherheit nicht angängig. Treppow werde glücklich sein, vom Amte zurückzutreten zu können. —

— **Petersburg, 1. November.** Die Zusammenstellung des neuen Kabinetts ist folgende: Inneres Karagayev, bisher Chefredakteur des „Ruf“, Finanzen Romanow, Krieg Kossisch, früher liberaler Gouverneur von Saratow, Unterrichts Senator Kony. Ihre Portefeuilles behalten der Minister des Auswärtigen Graf Lambsdorff, Marineminister Wirlew und Verkehrsminister Nitsch Ostrow. —

— **Petersburg, 1. November.** Trotz des Manifestes dauert der allgemeine Streik fort. Die Streikführer erklären, die Arbeit so lange nicht aufnehmen zu wollen, bis die allgemeine Amnestie durchgesetzt ist. Gestern nachmittag fanden blutige Zusammenstöße mit dem Militär statt. Die Zahl der Toten und Verwundeten ist noch nicht festgestellt. —

— **Petersburg, 1. November.** Der Oberprokurator des russischen heiligen Synods Pobedonoszew hat seine Entlassung eingereicht. —

— **Warschau, 1. November.** Der Generalfreist in Lodz dauert an. Blutige Vorgänge ereigneten sich gestern abend in der Perikauerstraße, wo die Menge sich zusammenrotete und Hurra! schrie. Infanterie feuerte darauf und tötete zwei und verletzte drei Personen. In der Konstantinowkastraße wurden aus demselben Grunde um 8 Uhr drei Salven abgefeuert, wobei zwei Männer tot blieben. Während des Bundesgenossen-Meeting der Besene kaufmännischer Angehöriger, dem 2000 Personen beizuwohnen, schritt Militär ein. Es entstand eine furchtbare Panik. Die Theater sind noch geschlossen und die Läden gesperrt. Auf den Straßen ist nur Militär zu sehen. —

Vereins-Kalender.

— **Turnerschaft Magdeburg (M.-T.)** Sonnabend den 4. Novbr., abends 9 Uhr, Vereinsvorstandssitzung im „Bürgerhaus“ (Zuh.: Hesse) Turnerschule. Es haben zu erscheinen von den Abteilungen M. Neufuß, Magdeburg, Wilhelmstadt, Budau, Sudenburg („Vormars“ u. „Rahn“) der Vorsitzende und der Kassierware. Außerdem sämtliche Vereinsvorstandsmitglieder. — 247

— **Männer-Turnverein „Angola“.** Übungsstunde der Männerabteilung im „Bürgerhaus“ am Dienstag und Freitag abends 8-10 Uhr in der hiesigen Turnhalle, Nachtrabe 88; daselbst die Damenabteilung jeden Mittwoch abends 8-10 Uhr. — 248

— **Säberricht.** Kartellübung Donnerstag abend im Oberwerk. — 249

— **Schuchert.** Volksverein. Am Donnerstag den 2. November, abends 8 Uhr, im „Bürgerhaus“ (Zuh.) Versammlung. — 246

— **Gewerkschaftstarell.** Donnerstag den 2. Novbr., abends 8 Uhr, Sitzung im „Bürgerhaus“, Aufgehoben am 27. Tagesordnung: 1. Bericht des Sekretärs, 2. Kassierbericht, 3. Stellungnahme zur Wahl eines Seccretärs, 4. Verschiedenes. — Die Gewerkschaftsvorstände sind zu der Sitzung ebenfalls eingeladen. —

1. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 257.

Magdeburg, Donnerstag den 2. November 1905.

16. Jahrgang.

An die Parteigenossen!

Die Haltung des „Vorwärts“ einerseits als Zentralorgan der Partei, andererseits als Lokalorgan von Groß-Berlin ist seit einer längeren Reihe von Jahren Gegenstand lebhafter Erörterungen gewesen, sowohl auf Parteitage als in den zunächst interessierten Kreisen.

Die Hauptvorwürfe gegen die Redaktion lauteten: Der „Vorwärts“ betriebe die prinzipielle Aufklärung und Schulung der Parteigenossen höchst mangelhaft, und er nehme, beeinflusst durch die zwei in der Redaktion sich gegenüberstehenden Strömungen, zu den in der Partei auftauchenden Fragen entweder keine oder zu spät Stellung, oder er schwante unentschieden hin und her.

Konferenzen, die im Laufe der Jahre zwischen dem Parteivorstand und der Preszkommision, manchmal auch unter Zuzugung der Vertrauensleute und der übrigen Parteifunktionäre von Groß-Berlin und der Redaktion öfter stattfanden, führten wohl zu einer gründlichen Aussprache, zuweilen auch zu Beschlüssen, durch die gehofft wurde, die größten vorhandenen Uebelstände zu beseitigen. Es stellte sich aber regelmäßig in Kürze wieder heraus, daß alle diese Abmachungen ihre Wirkung verlor. Die in der Redaktion vorhandenen gegensätzlichen Anschauungen ließen sich nicht beseitigen. Schließlich konnten wir auch von den Genossen in der Redaktion, deren Haltung hauptsächlich Gegenstand der Kritik war, nicht verlangen, daß sie als ehrliche Leute Anschauungen vertreten sollten, die sie nicht bejahten. Andererseits konnte man sich zu dem einzig wirklichen Mittel nicht verstehen, die Vertreter der nicht gebilligten Richtung durch Kündigung aus der Redaktion auszuschließen und dadurch die Redaktion einheitlich zu gestalten.

Erörterungen über die Haltung des „Vorwärts“ sind, wie schon hervorgehoben, auch mehrfach auf Parteitagungen gepflogen worden, so besonders auf den Parteitagen zu Lübeck 1901 und zu Dresden 1903.

Inbesondere gaben die Verhandlungen des letzteren Anlaß, nach demselben aufs neue im Kreise der zunächst dazu Berufenen dem Parteivorstand, der Kontrollkommission, der Preszkommision, den Vertrauenspersonen von Groß-Berlin und der Redaktion in Erörterungen über die künftige Haltung des „Vorwärts“ einzutreten. Es wurden auch entsprechende Beschlüsse gefaßt. Aber auch jetzt wieder stellte sich bald heraus, daß die alten Uebelstände aus dem schon angeführten Ursachen weiter bestehen blieben. Die vielfachen Meinungsdivergenzen, die zu Ende des verfloffenen Jahres und im Laufe dieses Jahres bis zum Jenaer Parteitag in einem Teile der Parteipresse zum Ausdruck kamen und in die auch der „Vorwärts“ verwickelt war, zeigten die öfter gerügten Uebelstände in besonderem Grade. In der Redaktion war schon seit Jahren die Einrichtung getroffen worden, daß bei Meinungsverschiedenheiten über die Haltung, die der „Vorwärts“ gegenüber in der Partei auftauchenden Fragen einnehmen solle oder über die Aufnahme oder Nichtaufnahme von Artikeln, oder ob ein bestimmter Artikel als redaktionell angesehen oder unter der Signatur eines Verfassers als dessen persönliche Anschauung erscheinen sollte, durch Mehrheitsbeschlüsse entschieden wurde.

Hierbei standen sich in der Regel die Anhänger der beiden Strömungen gegenüber, und zwar meist 6 gegen 4 Stimmen, wobei gewöhnlich die Stellung der Mehrheit von der Vertretung der Berliner Genossen und dem Parteivorstand nicht als die ihrige anerkannt wurde.

Solche Vorgänge veranlaßten, daß die Preszkommision und die Vertrauenspersonen von Groß-Berlin abermals beschloßen, zum 17. Juni eine Konferenz nach dem Gewerkschaftshaus zu berufen, zu welcher der Parteivorstand, die Redaktion des „Vorwärts“ und die übrigen Funktionäre nebst dem Reichstagsabgeordneten von Groß-Berlin geladen wurden. In dieser Konferenz kam es zu langen und scharfen Auseinandersetzungen. Die Ausführungen, die hierüber Genosse Bebel als Beauftragter des Parteivorstandes auf dem Jenaer Parteitag machte, anlässlich der Verurteilung des Antrags der Genossen von Groß-Berlin, dem „Vorwärts“ den Charakter als Zentralorgan zu nehmen und so ihn zum Lokalorgan der Berliner Genossen werden zu lassen, lauten nach dem Protokoll über den Jenaer Parteitag (Seite 187 und 188):

„Zu bezug auf die Haltung des „Vorwärts“ in tatsächlicher und prinzipieller Hinsicht kann ich ebenfalls eine volle Harmonie zwischen den Berliner Parteigenossen und dem Parteivorstand konstatieren. Als am 17. Juni d. J. nicht auf unsere Einladung, sondern auf Einladung der Berliner Parteigenossen, die Vertrauensleute Berlins, die Preszkommision, die Lokalkommision, die Agitationskommission für die Provinz Brandenburg, die Vertreter Berlins im Reichstag, die Redaktion des „Vorwärts“ und der Parteivorstand zu einer gemeinsamen Sitzung zusammentraten, ergaben die Verhandlungen folgendes Bild: Nach längerem Auseinandersetzen nahm ein Mitglied des Parteivorstandes das Wort, polemisierte in scharfen Ausführungen gegen die Haltung des „Vorwärts“ und hatte programmatisch nachzuweisen gesucht, was nach seiner Meinung notwendig sei in bezug auf das Blatt und seine redaktionelle Führung. Diese Ausführungen fanden in dem Maße den Beifall der gesamten Berliner Parteimitglieder, daß aus der Mitte der Parteigenossen Berlins der Antrag gestellt wurde, die Ausführungen des betreffenden Vorstandesmitgliedes gewissermaßen als Programm des „Vorwärts“ der Redaktion zu empfehlen. Und als die betreffende Person den Versuch machte es abzulehnen, daß sie quasi als Rahmenhalter in den Vordergrund geschoben wurde und hat, man möge eine Resolution annehmen, die etwa dasjenige betrage, wurde das abgelehnt und einstimmig wurde beschloßen, daß diese Ausführungen der Redaktion zur Beachtung empfohlen werden. (Zuruf der Berliner: Es wurde aber nicht danach gehandelt.) Gewiß, das steht auf einem andern Blatt. Es waren eben Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Redaktion vorhanden, das ist ja in der letzten Zeit erst wieder hervorgetreten.“

Und weiter heißt es, nachdem Bebel befürwortet hatte, den Antrag der Berliner Genossen abzulehnen:

„Wir sind auf der andern Seite, falls wir wieder gemächelt werden, entschlossen, alles anzuhängen, um die berechtigten Klagen, die wir vollstän dig mit den Berliner Genossen teilen, zu beseitigen und Mittel und Wege zu beraten, wie dem gegenwärtigen unhaltbaren Zustand — das heißt ich (lebhaftes Seufzen) bei den Berlinerern — abgeholfen werden kann. Nichts Genossin! Die Dinge müssen einmal ihren Höhepunkt erreichen, ehe man zu entscheidenden Maßnahmen greifen kann, es muß erst das allgemeine Bewußtsein vorhanden sein, daß es so nicht weiter geht.“

Und der Genosse Wels, der als Redner der Vertreter für Groß-Berlin den Auftrag hatte, den Antrag der Berliner Genossen zu begründen, äußerte in bezug auf die Haltung des „Vorwärts“ (siehe das Protokoll des Jenaer Parteitages Seite 179 und 180):

„Wir wollen ein eigenes Organ haben, in welchem die Meinung der Berliner Genossen ihren aus-

verfälschten Ausdruck findet. (Sehr richtig!) ... Die Streitigkeiten (mit dem „Vorwärts“) sind ja mit darauf zurückzuführen, daß er nicht schnell genug Stellung nimmt, auch die Berliner vernichten das ... Wir selber ergreifen Partei und wollen, daß der „Vorwärts“ zu allen Parteitagungen klar und unmissverständlich Stellung nimmt. (Sehr richtig!) Das scheint auch die Meinung des Vorstandes zu sein. Es ist in verschiedenen Sitzungen dem „Vorwärts“ aufgegeben worden, mehr Satz zu verwenden. In Dresden hat Bebel grundlegende Forderungen in der Redaktion angekündigt und die Frucht dieser Ankündigung war: wir haben Sitzungen gehabt, wir haben uns die Wahrheit gesagt und dabei ist es geblieben.“

Aus diesen Ausführungen des Genossen Wels geht klar hervor, daß die bei dem „Vorwärts“ früher gerügten Mängel ungeachtet aller Kritik und Beschlüsse nach wie vor weiter bestanden und die Genossen von Groß-Berlin wesentlich zu der Forderung mitbestimmten, den „Vorwärts“ als ihr Organ allein zu besitzen, um durchzuführen, was bisher als nicht möglich angesehen wurde.

Es geht aber auch weiter aus den Ausführungen von Bebel und Wels mit aller wünschenswerten Klarheit hervor, daß es eine durchaus falsche und irreführende Auffassung ist, welche die sechs Redakteure in ihrem an der Spitze des „Vorwärts“ vom 26. Oktober abgedruckten Artikel, betitelt „Aufklärung“, geben, wonach durch die Beschlüsse der Konferenzen, die am 1. und 8. September dieses Jahres mit dem Parteivorstand, der Preszkommision und der Redaktion vereinbart wurden, man habe annehmen müssen, daß nunmehr alles in Ordnung sei und zu weitergehenden Forderungen keine Veranlassung mehr vorgelegen habe. Das Gegenteil hiervon besagen die namens des Parteivorstandes und der Vertreter von Groß-Berlin am 18. September in Jena gehaltenen Reden, die 10 bzw. 17 Tage nach den Erörterungen in den erwähnten Konferenzen am 1. und 8. September gehalten wurden.

Es ist auch in der Parteipresse wie in sonstigen Mitteilungen darauf hingewiesen worden, daß das jetzige Vorgehen des Parteivorstandes und der Gesamtvertretung der Genossen von Groß-Berlin mit den Beschlüssen der Fünfschneider-Kommision des Jenaer Parteitages in Widerspruch stehen.

Auch diese Auffassung ist grundfalsch! Die Fünfschneider-Kommision wurde eingesetzt zu dem Zweck, die Presse sehen, die längere Zeit vor dem Jenaer Parteitag bis zu diesem selbst einen für die Partei bedenklichen Charakter angenommen hatten, einer Beurteilung zu unterziehen und Vorschläge zu machen, wie künftig ähnliches vermieden werden könne.

Die Kommission hat diesem Auftrag entsprochen, wie die von ihr vorgeschlagene Resolution Nr. 155 (S. 144 des Protokolls über den Jenaer Parteitag) zeigt. Diese Resolution wurde von dem Parteitag einstimmig angenommen. Ihr Inhalt und Zweck hätte mit den Vorgängen im „Vorwärts“, die uns in den letzten Wochen beschäftigten, höchstens nur insofern zu tun, als es in dieser Resolution unter 11 heißt:

„Die prinzipielle Aufklärung (durch die Parteipresse) hat entsprechend den Grundzügen des Parteiprogramms im Sinne der Dresdener Resolution zu erfolgen.“

Aus den oben zitierten Stellen aus den Reden von Bebel und Wels geht auch unüberdeutlich hervor, daß man nunmehr von seiten des Parteivorstandes wie der Vertretung von Groß-Berlin fest entschlossen war, von Grund aus Wandel zu schaffen, da es so wie bisher nicht fortgehen könne.

Es ist also nur ein Zeichen einer kaum für möglich gehaltenen Kurzsichtigkeit oder Vergeßlichkeit, daß man jetzt nicht nur seitens der sechs Redakteure, sondern auch seitens eines Teils der Parteipresse im höchsten Grade überrascht und empört ist über das vom Parteivorstand und der Preszkommision eingeschlagene Verfahren.

Wie entwickelten sich nun die Dinge nach Jena?

Noch ehe der Parteivorstand Zeit hatte, sich mit der „Vorwärts“-Frage zu beschäftigen, erhielt er eine Einladung von der Preszkommision und den Vertrauensleuten von Groß-Berlin zu einer Konferenz für Montag den 2. Oktober, um über seine Reformvorschläge betreffend den „Vorwärts“ zu beraten.

Darauf stellt sich also die Behauptung der sechs Redakteure in ihrer sogenannten „Aufklärung“ als falsch und unwahr heraus, daß unmittelbar nach dem Jenaer Parteitag der Vorstand geheime Beratungen, zunächst mit den Parteifunktionären von Groß-Berlin, sodann mit der Preszkommision begonnen habe.

Nicht der Vorstand veranstaltete die Sitzung am 2. Oktober, sondern er war, wie nachgewiesen, hier wie am 17. Juni der Geladene, ja bis zu einem gewissen Grade der Angeklagte. Daß zu dieser Sitzung am 2. Oktober die Redaktion nicht geladen wurde, ist folglich auch nicht Schuld des Vorstandes. Preszkommision und Vertrauensleute — die Veranstalter jener Veranstaltung — betrachten es eben als selbstverständlich, daß, nachdem sie hätten alle Mittel in Gemeinschaft mit der Redaktion, dem „Vorwärts“ eine Haltung zu geben, die den Anschauungen der sehr großen Mehrheit der Genossen in Groß-Berlin entsprach, versagt hätten, nunmehr für sich und in Gemeinschaft mit dem Parteivorstand zu beraten, wie den Mängeln endlich abgeholfen werden könne.

Und der Parteivorstand, der als der Geladene erschien, fand die Nichteinladung der Redaktion zu dieser Sitzung so selbstverständlich, daß er gar nicht daran dachte, dagegen Einspruch zu erheben.

Wie kein Mensch sich in eine Sitzung drängen wird, in der von den zuständigen Organen über eine Gehaltserhöhung für ihn beraten und beschloßen werden soll, so sollte auch keiner das Verlangen aussprechen, um jeden Preis Verhandlungen beizuwohnen, in denen es sich um seine ev. Kündigung handelt, weil die über sein Tun und Lassen zur Entscheidung berufenen Organe eine solche möglicherweise für notwendig halten.

Es ist auch absurd, wenn die sechs Redakteure von diesen und den folgenden Sitzungen von geheimen Sitzungen sprechen. Alle derartigen Sitzungen sind nicht öffentlich, das sollten Leute, die oft genug an ähnlichen Sitzungen teilnahmen, allmählich begriffen haben.

Der Verlauf der Konferenz am 2. Oktober war kurz folgender: Auf die Anfrage an den Parteivorstand, welche Maßnahmen derselbe bezüglich Forderungen in der Redaktion des „Vorwärts“ in Betracht zu bringen habe, mußte er erklären, daß die ihm durch den Jenaer Parteitag auferlegte Pflicht ihn bis jetzt nicht bindere, sich mit Reformvorschlägen zu beschäftigen, daß dieses aber in Abrede stehen solle.

Darauf wurde dem Parteivorstand von allen Seiten geantwortet, daß seine Erklärung peinlich berühre. Man habe annehmen müssen, der Vorstand mache endlich Ernst, es scheine aber, daß er wenig Neigung habe, eine neue Ordnung im „Vorwärts“ zu schaffen und die Sache abermals verdrängt werden solle. Die Berliner Parteigenossen wollten sich aber nicht länger hinhalten lassen. Der Vorgang zeige wieder, wie berechtigt ihr Verlangen sei, den „Vorwärts“ als ihr Organ zu besitzen.

Endbeschluß: Parteivorstand und Preszkommision werden beauftragt, sich baldigst zu verständigen und ihre Vorschläge der Gesamtvertretung von Groß-Berlin zu unterbreiten.

Hierauf beschäftigte sich der Parteivorstand in seiner nächsten Sitzung mit dieser Angelegenheit und machte in der gemeinsamen Sitzung mit der Preszkommision am Freitag den 6. Oktober folgende Vorschläge:

Da bisher eine Menge Differenzen in der Redaktion dadurch entstanden seien, daß die Mehrheit der Redaktion einen andern Standpunkt habe als die große Mehrheit der Genossen Berlins und der Parteivorstand, so müsse eine dementsprechende Mehrheit geschaffen werden. Der Parteivorstand schlage demgemäß vor, den Genossen Büttner und Kaliski zu kündigen, den Genossen Jülle in die Redaktion aufzunehmen und an Stelle Büttners einen neuen Redakteur einzustellen. Die Genossin Luxemburg solle als Mitarbeiterin aufgenommen werden, die jede Woche zwei Leitartikel liefern solle. Diese Artikel sollten ihrer Tendenz wegen nicht zurückgewiesen werden können, es sei denn, daß preßgesetzliche Bedenken obwalteten oder Gründe anderer Art (tatsächliche oder programmatische) die Beanstandung eines Artikels durch wenigstens drei Redakteure veranlaßten, worauf die Aufnahme zu unterbleiben und sofort Parteivorstand und Preszkommision über dieselbe entscheiden sollten. Die letztere Vorschrift entspricht einem Beschluß, der schon Anfang September durch Parteivorstand, Preszkommision und Redaktion gefaßt worden war.

Es ist also abermals falsch und zeigt nur, aus welcher trüben Quellen die sechs Redakteure schöpften, wenn sie in ihrer sogenannten „Aufklärung“ behaupten, daß die Genossin Luxemburg mit dem Recht einer gewissen Zwangsaufnahme ihrer Artikel und einem Krivibuch hinsichtlich der redaktionellen Kontrolle als ständige Mitarbeiterin eingestellt worden sollte.

Wenn ferner die sechs Redakteure in ihrer sogenannten „Aufklärung“ sagen, die Aufnahme Stadthagens in die Redaktion sei ihnen nicht annehmbar gewesen, so möge zur Charakterisierung einer so leichtfertig ausgesprochenen Begründung darauf aufmerksam gemacht werden, daß Stadthagen seit 1893 mit festem Gehalt angestellter Redakteur für den juristischen Teil des „Vorwärts“ ist und als solcher auch an den Sitzungen der Redaktion mit Stimmrecht teilnehmen konnte, aber es schon 1899, als die Einrichtung getroffen wurde, strittige Fragen in der Redaktion durch Mehrheitsbeschlüsse zu entscheiden, ablehnte, an diesen Beratungen teilzunehmen. So sieht es mit der Wahrheitsliebe und mit dem guten Geschmaack der sechs Redakteure aus.

Die erwähnten Vorschläge des Parteivorstandes wurden von der Preszkommision als völlig ungenügend befürwortet. Der Parteivorstand wolle ein paar „kleine“ Redakteure preisgeben, aber die eigentlich Schuldigen in der Redaktion belassen; damit sei den Berliner Genossen nicht gedient. Unter letzteren besitze in den weitesten Kreisen die Ansicht, es müsse in erster Linie Gradnauer gekündigt werden, den man als Hauptstiel des Anstoßes ansehe, ebenso dem Genossen Wehler, dagegen sei man bereit, Büttner zu kündigen, aber nicht Kaliski; außerdem wurde vorgeschlagen, Stadthagen zur dauernden Mitarbeit in die Redaktion zu ziehen, auch sei man damit einverstanden, die Genossin Luxemburg als Mitarbeiterin aufzunehmen. Der Parteivorstand erwiderte, daß er auf der glatten Annahme seiner Vorschläge nicht bestehe. Mache man bessere, akzeptiere er sie. Sollte Gradnauer und Wehler gekündigt werden, so erwarte er Vorschläge für passenden Ersatz. Gegen eine erweiterte Beschäftigung Stadthagens habe man nichts einzuwenden.

Endresultat: Die Preszkommision wurde er sucht, zunächst unter sich Vorschläge zu beraten und diese dem Parteivorstand zu unterbreiten. Ueber die gepflogenen Verhandlungen wurde vorläufige Geheimhaltung beschloßen.

Dieser letztere Beschluß stellte sich schon am nächsten Tage als hinfällig heraus. Einmal wurde noch während der Sitzung festgestellt, daß einer der sechs Redakteure längere Zeit als Lausiger an der Tür zum Konferenzzimmer stand und weiter ergab sich, daß auch aus dem Kreise der Beratenden der einstimmige Schweigebefehl nicht gehalten worden war.

Von jetzt ab wurden die Sitzungen statt im Konferenzzimmer der Redaktion im Bureau des Parteivorstandes abgehalten. Die Darstellung der sechs Redakteure in ihrer sogenannten „Aufklärung“, wonach die Beschlüsse dieser Sitzung für geheim erklärt wurden, ist also auch unwahr. Es wurden Beschlüsse über Anstellung bestimmter Personen in der Redaktion gar nicht gefaßt, sondern alles blieb in Schwebe. Nicht die Beschlüsse, sondern die Verhandlungen über die Personen sollten zunächst als vertraulich angesehen werden.

Die Preszkommision trat bald darauf unter sich in Beratungen und unterbreitete dem Parteivorstand folgende Vorschläge: Dieselbe lehnt ab, Kaliski zu kündigen, sie lehnt ferner ab, Jülle in die Redaktion aufzunehmen, dagegen beantragt sie, Büttner, Gradnauer und Wehler zu kündigen. Die Vorschläge betreffend Stadthagen und Luxemburg nimmt sie an.

Der Parteivorstand beschloß darauf, den gemachten Vorschlägen zuzustimmen. Da aber der Vorstand mittlerweile vernommen hatte, daß die sechs Redakteure übereingekommen sein sollten, daß wenn einigen von ihnen gekündigt werde, alle sechs kündigen wollten, kam er zu dem erweiterten Vorschlag, um die Erörterungen zu vereinfachen, der gesamten Redaktion zu kündigen und eine neue Redaktion zusammenzusetzen.

Der Preszkommision wurde hierauf in der gemeinsamen Sitzung am 20. Oktober erklärt, daß der Parteivorstand ihren Vorschlag als einem verbesserten zustimme, daß er aber aus Gründen, die dargelegt wurden, die Kündigung der gesamten Redaktion zu dem 31. März 1906 empfehle.

Nach kurzer Debatte wurde dieser Antrag von der Preszkommision einstimmig angenommen. Weiter wurde beschloßen, für Montag den 23. Oktober eine Sitzung der Gesamtvertretung von Groß-Berlin einzuberufen und dieser die Vorschläge des Parteivorstandes und der Preszkommision in folgender Fassung zur Annahme zu unterbreiten: Vorstand und Preszkommision kündigen der gesamten Redaktion auf den 31. März 1906.

ist. Auch hierbei ist der Führer Vorkämpfer weder „angegriffen“ noch „arg zugerichtet“ worden, sondern er ist ohne Widerstand gefolgt. Einen Revolver hat niemand in seinem Besitz gehabt. Das sind die nackten Tatsachen. Zu ersehen ist hieraus, daß die Arbeiter jetzt doch wohl einsehen, was es heißt „Tageblatt“ eigentlich ist. Wer es nicht noch über sich bringen kann, trotzdem wir schon zu verschiedenen Malen dem „Tageblatt“ Unwahrheiten nachgewiesen haben, dieses noch zu lesen, der ist auch nichts Besseres wert, als daß ihm solcher Unsinn vorgelegt wird.

Burg, 1. November. (Ueberfahren) lassen hat sich heute früh der 16 Jahre alte R. Müller mit dem 7.19 Uhr hier durchfahrenden Schnellzug. Was den jungen Mann zu diesem Schritte getrieben hat, ist unbekannt.

(In benachbarten Scharten) ist jetzt die Einwohnerzahl in heller Aufregung. In kurzer Zeit hat es dort drei Brände gegeben, die alle mit Bestimmtheit auf Brandstiftung schließen lassen. Montag Abend brannte es dort schon wieder, und zwar stand die dem Landwirt D. Schmidt gebührende Scheune in Flammen, diese in kurzer Zeit einsehend. Aus den benachbarten Dörfern waren Hilfsmannschaften erschienen. —

g. Halle, 31. Oktober. (Aus der Muster-Stadtverwaltung.) Den Stadtverordneten ging heute wieder eine Besetzung des Kommissars Kriebel zu, in der Beschwerde gegen hohe Beamte geführt wird. Im Anschluß daran erklärte Oberbürgermeister Staude auf früher erfolgte Angriffe des Stadtverordneten Genossen Thiele gegen den Deputierten des Feuerwehrens und den Brand-Inspektor D. Köhler, daß eine Inspektion erfolgen wird, nach der Feuerwehrmänner nicht zu häuslichen Arbeiten für den Brand-Inspektor verwendet werden dürfen. Die Wagen und Pferde dürfen nicht zu Spazierfahrten benutzt werden. Der Führer und Kaminheizer des Herrn Brand-Inspektors im Feuerwehrr Depot sei innerhalb 3 Tagen zu befeitigen, bezw. das Statuierhaupt unter großer Heiterkeit. — Was man in andern Städten nicht für möglich hält, muß man hier erst durch Inspektion befeitigen.

(Der Erste Bürgermeister Stolle) von Königshütte, der sich hier um den Posten des Oberbürgermeisters beworben hat, teilte heute dem Kollegium schriftlich mit, daß er seine Bewerbung zurückziehe, da es ihm zuwider sei, sich bei jedem Stadtverordneten einzeln in der Wohnung — wie man gewöhnlich heute — vorzulegen. Die Vorstellung erschien ihm wie Stimmengang. — Die bürgerlichen Stadtverordneten entzweiten sich über die kräftige Abgabe. Unrecht hat Herr Stolle aber nicht, denn es gehört ein ganz besonderer Geschick dazu, 66 Wohnungen auszuklappen und den darin hausenden Stadtbürgern Schneiseleiten an den Hals zu werfen, um gewählt zu werden.

Stahlfurt, 31. Oktober. (Die „Gemeinsame Orts- und Arbeiterkassette“) hat gestern ihre Vertreterwahl — zum erstenmal — vorgenommen. Noch nie haben die Versicherten so zahlreich an ihren Generalversammlungen teilgenommen, als diesmal, 98 Mann waren anwesend. Besonders stark waren die Polizisten und andere Beamten der Stadt vertreten, die dieser Kasse angehören. Augenmerklich war doch einer großen Zahl von Angehörigen der Kasse die Wichtigkeit der Vertreterwahl klar geworden. Man war sich bewußt, daß es geht, wirkliche Arbeitervertreter zu wählen. Auf der anderen Seite waren freilich auch Anstrengungen gemacht worden, um den lieben Kindern der Arbeiter die Vertretung der Arbeiter in die Hände zu spielen. So lagen denn drei Vorschlagslisten mit je 14 Namen vor; außerdem wurden noch eine Menge einzelner Personen vorgeschlagen, so daß nicht weniger als 39 Kandidaten zur Wahl standen, von denen allerdings nur 14 die Siegespalme erringen konnten. Bezeichnend ist, daß auf der arbeitgeberfreundlichen Liste nur ein einziger wirklicher Arbeiter, aber sieben Meister und sechs andere Personen verzeichnet standen. Im Wahlkampf siegte die Liste der organisierten Arbeiter, deren Kandidaten 44 bis 95 Stimmen erhielten. Öffentlich kommt durch dieses Resultat etwas Bewegung in die gesamten Krankenkassen von Stahlfurt. Es wäre sehr wünschenswert, das nächstliegende wäre, daß die von Seiten der Versicherten in den verschiedenen Krankenkassen gewählten Vorstandsmitglieder zu einem Verein sich zusammenschließen, um im Austausch gegenseitiger Erfahrungen zur Milderung der Kassenbeiträge und besonders die Mißstände, die sich in einigen Betriebskrankenkassen so widerständig zeigen, abzurufen. Die Gewählten sind: Vorarbeiter Barthel, Steuergewer Brand, Agent H. Weidner, Arbeiter Schall, Feiger Buchmann, Arbeiter Stein, Former Jähnig, Arbeiter Bach, Arbeiter Mandshärdt, Maschinist Hoppe, Betriebsassistent Große, Former Hirschfeld, Maschinist Schulze, Fleischbeschauer Straube.

Wahlkreis Calbe-Mischerleben.

Parteienoffen!

Nachdem der Parteitag von Jena der Partei eine neue Organisationsform geschaffen und besonders die Aufhebung des Vertrauensmännerbundes beschlossen hat, ist auch für unseren Wahlkreis die Notwendigkeit entstanden, die bisherige Organisation zu ändern und den neuen Vorschriften anzupassen. Die Kreisparteileitung und die Vertrauensmänner haben sich mit der Frage eingehend befaßt und unterbreiten den Genossen den unten abgedruckten Statutenentwurf zur eingehenden Prüfung und Diskussion in den Versammlungen der Volksvereinsfilialen.

Gleichzeitig beräumen wir eine

außerordentliche Kreisversammlung

an auf Mittwoch den 22. November (Volltag), vormittags 11 Uhr, in Wieseners Lokal in Stahlfurt mit folgender provisorischer Tagesordnung.

1. Wahl des Bureaus und der Mandatsprüfungskommission, Festsetzung der Geschäfts- und Tagesordnung.
2. Beschlußfassung über den Antrag:

Das bestehende Organisationsstatut des Wahlkreises wird mit dem 1. Januar 1906 aufgehoben. Von diesem Zeitpunkt an werden die Parteigeschäfte dem „Sozialdemokratischen Volksverein für den Wahlkreis Calbe-Mischerleben“ übertragen.

Ferner beräumen wir eine

außerordentliche Generalversammlung

des Volksvereins für den gleichen Tag, vormittags 11 Uhr, in demselben Lokal an mit folgender

Tagesordnung.

1. Beschlußfassung über den vorgelegten Statutenentwurf.
2. Festsetzung des Statutenentwurfes des neuen Statuts.
3. Festsetzung des Eintrittsgeldes und des Monatsbeitrags.
4. Festsetzung des in den Filialen verbleibenden Prozentsatzes der Beiträge.
5. Festsetzung des Sitzes des Vereins.
6. Wahl des Hauptvorstandes und der Ersatzmänner.
7. Festsetzung des Ortes der nächsten Generalversammlung.

Parteienoffen! Nunmehr sind neben der Durchführung des Statutenentwurfes die Delegiertenwahlen vorzunehmen, die diesmal von besonderer Wichtigkeit sind, da es gilt, dem Wahlkreis eine vorschlagfertige Organisation zu schaffen, die auch unter den immer schwieriger sich gestaltenden Verhältnissen die Partei vom Sieg zu Sieg führt. Vorwärts! sei die Parole! Hoch die Sozialdemokratie!

Mit Parteigrüß!

Die Kreisparteileitung und Der Vorstand des Volksvereins, Wigorowski, Wigorowski.

Statuten-Entwurf.

§ 1.

Die Sozialdemokraten des Wahlkreises Calbe-Mischerleben unter dem Namen:

Sozialdemokratischer Volksverein für den Wahlkreis Calbe-Mischerleben = Calbe.

Der Sitz des Vereins wird jedesmal durch die Generalversammlung bestimmt. Sein Zweck ist die Förderung der sozialdemokratischen Partei.

§ 2.

Dem Verein hat jeder im Wahlkreis wohnende Sozialdemokrat anzugehören, sofern nicht gesetzliche Vorschriften oder andre zwingende Gründe ihn daran hindern.

Nichtsozialdemokraten ist der Beitritt verweigert.

§ 3.

Der Verein gliedert sich in Filialen, von denen nach Möglichkeit in jedem Orte des Wahlkreises eine zu errichten ist.

§ 4.

Jede Filiale wählt einen aus einem Vorsitzenden, einem Kassierer und einem Stellvertreter bestehenden Vorstand, der die Geschäfte der Filiale zu führen hat.

§ 5.

Jede Filiale hält mindestens allmonatlich eine Versammlung ab, um über Angelegenheiten der Filiale und des Vereins sowie über allgemeine Angelegenheiten der sozialdemokratischen Partei und besondere Angelegenheiten derselben im Orte und im Wahlkreise zu beraten und zu beschließen.

Die Mitglieder der Filiale haben die Pflicht, sich an den Arbeiten für die sozialdemokratische Partei zu beteiligen.

Die Filiale hat ihren Ort in Gruppen einzuteilen. Zur Uebernahme und Leitung der Parteiarbeiten in diesen Gruppen ist je ein Gruppenführer durch die Filialversammlung zu wählen.

In gleicher Weise sind Gruppenführer für jede Ortsgruppe des Landbezirks oder mehrere von ihnen zu wählen.

§ 6.

Mindestens alle Vierteljahre einmal muß eine Revision der Kasse und Bücher vorgenommen und der nächsten Filialversammlung darüber Bericht erstattet werden. Hierzu sind drei Revisoren zu wählen.

Außerdem hat auch der Hauptvorstand das Recht, jederzeit Revisionen vorzunehmen.

§ 7.

Die Erwerbung der Vereinsmitgliedschaft erfolgt durch Aufnahme in eine Filiale. Zur Aufnahme ist eine geheime Abstimmung erforderlich.

§ 8.

Die Mitgliedschaft rechnet vom ersten Tage des auf die Aufnahme folgenden Monats.

Dem Hauptvorstand des Vereins ist durch die Filialvorstände die Mitgliederliste einzureichen und am Schlusse jeden Monats Mitteilung von den eingetretenen Veränderungen zu machen.

§ 9.

Jährlich findet eine ordentliche Generalversammlung des Vereins 4 bis 6 Wochen vor dem Parteitag der sozialdemokratischen Partei statt.

Die Beschlüsse der Generalversammlung sind im besonderen:

- a) Entgegennahme der Abrechnung und des Geschäftsberichts des Hauptvorstandes sowie der Filialvorstände;
- b) Festsetzung des Vereinsjahres und Wahl des Hauptvorstandes und zweier Ersatzmänner;
- c) Beschlußfassung über alle den Verein und die sozialdemokratische Partei betreffenden Fragen;
- d) Beschlußfassung über die eingegangenen Anträge;
- e) Festsetzung des Ortes der nächsten Generalversammlung.

Die Generalversammlung wählt selbst ihr Bureau, prüft die Mandate, setzt die Geschäfts- und Tagesordnung fest.

Die Generalversammlung ist die oberste Instanz des Vereins. Ihre Beschlüsse sind verbindlich für die Filialen, für alle Mitglieder und Funktionäre des Vereins.

§ 10.

Der Tag und die provisorische Tagesordnung der Generalversammlung sind vom Hauptvorstand rechtzeitig festzusetzen und mindestens sechs Wochen vor dem Parteitag durch den Sekretär zu veröffentlichen. Zwei Wochen und eine Woche vor dem Parteitag ist dies zu wiederholen unter Abdruck der bis dahin beim Sekretär eingegangenen Anträge.

§ 11.

Die Generalversammlungen setzen sich zusammen aus den Delegierten der Filialen und den Vertrauensmännern sowie dem Reichstagsabgeordneten oder Kandidaten des Wahlkreises.

Zu diesem Zweck wählt jede Filiale in einer Hauptversammlung, deren Tagesordnung mindestens fünf Tage vorher genügt bekannt gemacht sein muß, auf je fünfzig ihrer Mitglieder einen Delegierten. Angefangene fünfzig zählen dabei für voll.

Die Delegierten sind mit Mandat zu versehen. Sie erhalten ihre Diäten von der Filiale.

Die Vertrauensmänner sind mit Vollmacht vom Hauptvorstand zu versehen. Sie erhalten ihre Diäten aus der Hauptkasse.

Auf der Generalversammlung haben nur die Delegierten und die Vertrauensmänner sowie der Reichstagsabgeordnete oder Kandidat Stimmrecht.

§ 12.

Auf der Generalversammlung haben mit beratender Stimme ferner anwesend zu sein die Mitglieder des Hauptvorstandes und einer der Revisoren (auf Kosten der Hauptkasse), sowie die Vorsitzenden der Filialen beziehentlich ihre Stellvertreter (auf Kosten der Filialen).

Die Genannten können auch als Delegierte entsandt werden. Abdann treten die Bestimmungen des § 11 Absatz 3 in Wirksamkeit.

§ 13.

Der Hauptvorstand setzt sich aus fünf Personen zusammen, nämlich

einem Vorsitzenden,
einem Sekretär,
einem Kassierer,
zwei Stellvertretern.

Der Hauptvorstand delegiert eines seiner Mitglieder in die Preßkommission.

§ 14.

Der Vorsitzende, Sekretär und Kassierer bilden unter Leitung und Kontrolle des Reichstagsabgeordneten oder Kandidaten des Wahlkreises, und zwar führt im speziellen der Kassierer die Kassen-geschäfte. Der Sekretär alle übrigen Geschäfte. Alle drei vertreten sich in Verhandlungsfällen gegenseitig.

Zur fortgesetzten Kontrolle der Kasse hat die Filiale ein Schreier des Hauptkassierers alsbald nach der Generalversammlung drei Revisoren zu wählen.

§ 15.

Zur Beschlußfassung über neu auftretende Fragen hat der Vorsitzende des Hauptvorstandes auch die beiden Stellvertreter zu einer Beschlusse-fassung heranzuziehen.

Ist hierbei eins der fünf Mitglieder des Hauptvorstandes am Erscheinen verhindert, so ist dafür einer der gewählten Ersatzmänner einzusetzen.

In der Besetzung von drei Personen ist der Hauptvorstand beschlußfähig.

§ 16.

Bei wichtigen Fragen hat der Vorsitzende des Hauptvorstandes eine Sitzung des Kreisrats einzuberufen.

Dieser besteht aus den fünf Mitgliedern des Hauptvorstandes, den Ersatzmännern, den Filialvorsitzenden und dem Reichstagsabgeordneten oder Kandidaten des Wahlkreises.

Ist einer der Filialvorsitzenden verhindert, oder nimmt er schon als Mitglied des Hauptvorstandes oder Ersatzmann an der Sitzung teil, so hat an seiner Stelle sein Stellvertreter im Kreisrat zu erscheinen.

Die Kosten der Kreisratsitzungen trägt die Hauptkasse.

§ 17.

Zur Entlastung von zwei Mitgliedern des Hauptvorstandes hat der Vorstand eine Sitzung des Kreisrats einzuberufen.

Der Kreisrat ist gleichzeitig erste Beschwerdeinstanz gegen den Hauptvorstand.

§ 18.

Der Hauptvorstand hat bei geeigneten Veranlassungen außerordentliche Generalversammlungen einzuberufen. Er muß dies nur dann der Filiale oder den Filialen als beschließen.

Für die außerordentlichen Generalversammlungen gilt das über die ordentlichen Gesagte, jedoch genügt ihre Bekanntmachung mindestens eine Woche vor dem Parteitag.

§ 19.

Der Wahlkreis wird durch den Hauptvorstand in Bezirke geteilt. In der Regel soll jeder Filiale eine Anzahl der unliegendsten Orte ohne Filiale als Bezirk zugeteilt werden. Der Ort der Filiale ist der Bezirk, der Filialvorstand ist der Bezirksvorstand.

§ 20.

In denjenigen Orten, in denen eine Filiale nicht gebildet werden kann, soll nach Möglichkeit der Hauptvorstand einen „Vertrauensmann“ ernennen. Er hat sich dabei auf die Vorschläge des Bezirksvorstandes zu stützen, der vorher die Parteigenossen des betreffenden Ortes zu hören hat.

§ 21.

Der Vertrauensmann verfährt dienstlich mit dem Bezirksvorstand. Er hat Propaganda zu treiben für die sozialdemokratische Partei und ihre Presse sowie für den Verein. Insbesondere hat er die Beiträge von dem im Orte wohnenden Einzelmitgliedern des Vereins einzuziehen und mit dem Bezirksvorstand zu verrechnen.

Der Bezirksvorstand darf dem Vertrauensmann gegen die Verpflichtung der Rechnungslegung einen Teil der Einnahme für örtliche Zwecke überlassen.

§ 22.

Außerhalb der im § 7 erwähnten Mitgliedschaft können die nach § 2 zur Mitgliedschaft verpflichteten und berechtigten Personen die „Einzelmitgliedschaft“ erwerben. Es geschieht dies durch Anmeldung beim Hauptvorstand, in der Regel durch Vermittlung des Vertrauensmanns. Ueber die Aufnahme entscheidet der Hauptvorstand.

Wenn auch in Filialorten sich Einzelmitglieder befinden, so ist für diese durch den Hauptvorstand ein „Unterassessor“ zum Einkassieren der Beiträge, zum An- und Abmelden von Mitgliedern zu ernennen.

§ 23.

Alle Mitglieder haben ein gleichmäßiges Eintrittsgeld und einen gleichmäßigen monatlichen Beitrag zu zahlen. Die Höhe beider wird von der Generalversammlung bestimmt.

Den Filialen bleibt überlassen, von ihren Mitgliedern Orts-zuschlag zu erheben.

§ 24.

Die Generalversammlung bestimmt, welchen Prozentsatz der Beiträge die Filialen (einschließlich der ihnen zugehörigen Vertrauensmänner) an die Hauptkasse abzuliefern haben.

Den gleichen Prozentsatz haben die Unterassessoren an die Hauptkasse, den Rest an die Filialkasse ihres Ortes abzuliefern. Das Eintrittsgeld fließt unverändert in die Hauptkasse.

§ 25.

Die Filialvorstände haben in den ersten 14 Tagen jedes Quartals über das verlossene Quartal mit dem Hauptvorstand abzurechnen und dem Sekretär einen Bericht nach Formular einzureichen.

§ 26.

Mitglieder, welche länger als einen Monat krank oder sonst erwerbslos sind, können während dieser Zeit von der Beitragsleistung entbunden werden.

Personen, die aus andern sozialdemokratischen Organisationen ohne Verzug übertraten, zahlen kein Eintrittsgeld.

§ 27.

Die Mitgliedschaft zählt vom ersten Tage des auf die Abstimmung (bei Filialmitgliedern) oder die Aufnahme (bei Einzelmitgliedern) folgenden Monats.

§ 28.

Jede Person, der vom Hauptvorstand oder von einer Filiale die Aufnahme verweigert ist, kann auf der nächsten Generalversammlung Berufung dagegen einlegen. Die Berufung ist bei dem Hauptvorstand mindestens zehn Tage vor der Generalversammlung anzumelden.

§ 29.

Für den ganzen Verein — Generalversammlungen, Filialversammlungen, Sitzungen des Kreisrats, des Hauptvorstandes, des geschäftsführenden Ausschusses — wird bestimmt, daß alle Beschlüsse, Wahlen und sonstigen Abstimmungen mit einfacher Stimmenmehrheit erfolgen. Bei Stimmgleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt.

Beschlüsse auf Abänderung der Statuten und Auflösung des Vereins können nur gefaßt werden mit Zweidrittel-Mehrheit der Abstimmenden.

Die Wahlen zum Hauptvorstand und zu den Filialvorständen erfolgen durch Stimmzettel, und zwar für jede Person in einem gesonderten Wahlgang.

Alle Wahlen gelten für das Geschäftsjahr, beziehentlich bis zur Neuwahl.

§ 30.

Der Austritt aus dem Verein steht — immer zum Monats-schlusse — frei.

Wer länger als 6 Monate keinen Beitrag gezahlt hat, gilt als ausgestiegen.

Der Ausschluß eines Mitgliedes kann nur erfolgen auf Grund der § 2 und 27 des auf dem Parteitag in Jena beschlossenen Statuts der sozialdemokratischen Partei.

Mit dem Tode, dem Austritt oder dem Ausschluß aus dem Verein verliert das Mitglied jedes Recht, das es etwa gegen den Verein, den Hauptvorstand, eine Filiale, einen Filialvorstand oder gegen eine Einrichtung oder ein Mitglied des Vereins aus seiner Vereinsmitgliedschaft erworben hat.

Eingekandt.

(Für diese Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.)

Wir recht wir mit unvorer Kritik der Verhältnisse des „Kaiserbrauereis“ in Schönebeck hatten, beweisen die jüngsten Vorkommnisse kaum daß durch die Magdeburger „Wochenschrift“ die Veröffentlichung erfolgt war, so jauchende der Braumeister Kluge auch schon nach dem Schicksal. Er greift nun aber nicht nach dem unternichteten Einvernehmen, sondern nimmt einen seiner Arbeiter, den er im Verdacht der Missetat hat und dieser wird freigesprochen, d. h. er wird aus der Brauerei genommen und in die belohnte „Deportationskassette“, in die Kasse nach „Salze“ gefaßt. Zwei Monate hat das für Herrn Braumeister Kluge. Erstens ist der Braumeister weg, daß er die „Harmenier“ nicht mehr führen kann, und zweitens hat der Herr Braumeister dann zum Frühjahr Gelegenheit, den Schaden ganz loszuwerden. Das dann der Herr eine besondere Rechnung hat, das hat er bereits vor 2 Jahren bewiesen. Damals hat er auch die Unkosten in die Kasse gefaßt und zum Frühjahr wurden sämtliche nach Schluß der Brauerei wegen „Abbittsmangels“ entlassen. Um Gründe für dieses Gebahren ist man nicht belegen. Es ließ es, der Braumeister bewirgt sich nicht mit seinen Mitarbeitern. Am Sonntag den 29. d. M. verließen der stellvertretende, Genosse Bräuer, und der Kassierer Bräuer mit dem Herrn Braumeister die Angelegenheit zu klären. Der Herr Braumeister hat sich aber schon wieder auf andre „Wunden“ besonnen, und zwar erklärte er, der Arbeiter habe gestohlen. Wie nun dieser Diebstahl aussieht, bei hier auch angegeben, damit nicht gelangt werden kann, wir verweigern dieses. Auf dem Braumeister lag es auf einem Mann zu stellen. Einige andre Arbeiter nahmen dabei welche fort und gaben auch dem Braumeister, nach seiner Aussage eine, davon: die Angelegenheit ist kein einige Wochen her. Es war auch eine peinliche Verhandlung deshalb, durch die als wieder hergestellt wurde. Da hier nun zwischen den beiden Braumeister und dem Braumeister Kluge verhandelt werden, damit beide Teile sich gegenseitig überlassen. Der Braumeister verweigert zu verhandeln und ging auch in das Braumeister-Kloster. Braumeister Kluge er noch einige Zeit zurück und erklärte: „Ich war beim Herrn Braumeister und der hat gesagt, ich wäre noch viel zu nachlässig gewesen, so hätte ich gleich entlassen sollen. Das ist er einmal nach da ist, so sollte er in der Missetat bleiben und zum Frühjahr entlassen werden.“ Darauf antwortet man gemacht, daß es doch

nicht richtig wäre, gerade nur einen jetzt noch billigen zu lassen, meinte der Braumeister, das mache er, wie er wolle. Bei dem Herrn gilt eben auch, wenn zwei dasselbe tun, so ist es nicht dasselbe. Nun wurde der Herr Geheimrat Altonow aufgeführt. Nach sehr kurzem Anhören meinte der Herr Geheimrat: „Das ist alles sehr gut, aber jedes Geschäft muß seine Grundzüge haben.“ Nachdem ihm noch gesagt wurde, daß er doch nur einseitig unterrichtet sei und er doch den andern Teil auch hören sollte, machte er plötzlich seinem geheimniskrämerischen Herzen mit folgenden Worten Luft: „Sie sind Stöcklein, der den Artikel in der Zeitung geschrieben hat, das schreiben Sie nur noch mehr.“ Selbstverständlich wurde sofort erklärt, daß man sich nach dieser Richtung hin keinen Zwang antun werde. Hieraus ist zu ersehen, daß die Betriebsleitung mit allen Mitteln die Organisation aus der Kaiserbrauerei fern halten will. Gerade diese Brauerei hat seit Bestehen der Organisation gegen diese gewütet, trotzdem man es sehr gern sieht, wenn organisierte Arbeiter die Produkte dieser arbeiterfreundlichen Brauerei konsumieren. Vorläufig ist in dieser Angelegenheit noch nicht das letzte Wort gesprochen, es wird unsere Aufgabe sein, zu zeigen, daß die Erkenntnis der Arbeiter auch über Geheimräte und Braumeister hinweggeht. Wenn aber schon Grundzüge im Geschäft sein müssen, wie der Herr Geheimrat sagt, so mögen diese wenigstens so sein, daß den Arbeitern ihr gesetzlich garantiertes Recht nicht beschnitten wird. Warum hält man sich nicht an die Personen, die mit ihrem vollen Namen für das eintreten, was sie schreiben? Jedenfalls nur, weil man dagegen nichts erwidern kann. Daß das vorige Eingeklandet den Herren schwer im Magen liegt, beweist die grenzenlose Eitelkeit, mit der man Unberechtigte verfolgt. Ein Erfolg ist schon zu verzeichnen. Die naturnotwendigen (?) Sonntagsarbeiten (Hofheizen, Gefäßreinigen, Schruppen ufm.) dauerten den letzten Sonntag nur noch bis 10 Uhr vormittags, während sonst

bis 12 Uhr gearbeitet werden mußte. Auch das ist noch unnötig und zübel, aber man kann es den unorganisierten und willenlosen Sklaven ja bieten. Warum entgegnet der Herr Braumeister nicht auf die ihm vorgeworfene Bestimmungsrückerei? Warum nicht auf den Vorwurf der Unbilligkeit gegenüber der Organisation? Sehr einfach, weil es wahr ist. Viel leichter ist es daher, man nimmt einen seiner Arbeiter heraus, statuiert an diesem ein Exempel und glaubt so, die Arbeiter wieder abgeschreckt zu haben. Glauben die Herren, daß dieses Mittel das rechte ist, um die verhasste Organisation von den geheiligten Hallen, genannt Kaiserbrauerei zu Schönebeck, fern zu halten, so mögen sie es sich patentieren lassen. Den Wunsch des Herrn Geheimrat werden wir gern erfüllen und weitere Artikel schreiben, und zwar so lange, bis auch dort das Koalitionsrecht und einwandfreie Behandlung Einzug gehalten haben. —
Gaulleiter des Verbandes der Brauereiarbeiter.

Dem Zuge der Zeit folgend, angespornt durch das Vorgehen des Neustädter Arbeitergefangenenvereins, beabsichtigt auch der Sudenburger Arbeitergefangenenverein einen Damenchor einzurichten. Es geht deshalb an die Frauen und Mädchen des arbeitenden Volkes im Stadtteil Sudenburg die eindringliche Mahnung, unser Unternehmen unterstützen zu wollen. Ueber 50 Angehörige ihres Geschlechts sind bereits in der Neustadt unter dem Banner des Gesanges versammelt; was für Neustadt möglich ist, muß auch für Sudenburg durchführbar sein. Soll etwas Großes geleistet werden, so gehören Mann wie Frau, Jungling wie Jungfrau zusammen, um, sei es in gemischten oder in einzelnen Chören, gemeinsam Schulter an Schulter die Stufenleiter zur Bollendung im Gesange zu erklimmen. Es gilt einen lange gehegten

Wunsch der Frauen und Mädchen Sudenburgs in die Tat umzusetzen. Erscheint deshalb alle in der am Freitag den 3. November, abends 8 Uhr, stattfindenden Versammlung bei A. Naumann, St. Michaelsstraße 16 („Deutscher Hof“).

Arbeitergefangenenverein Magdeburg-Sudenburg.
Das Komitee.

Briefkasten.

S. B., Sudau. Anmeldungen beifuss Teilnahme an den Meisterkursen und Meisterprüfungen sind bei der hiesigen Handwerkskammer, Katharinenstraße 2/3, mündlich oder schriftlich einzureichen. Sprechstunde von 9-1 und von 3-6 Uhr. Für 10 Pf. erhalten Sie die gedruckten Bedingungen, aus denen Sie alles Nähere erfahren. —
Für die Teilnahme an der staatlichen Fußbeschlagsprüfung, die am 7. Dezember d. J. stattfindet, hat die Anmeldung 4 Wochen vorher zu erfolgen. Gebühr 10 Mark exkl. Bestellgeld. Betrag ist einzulösen an Departementstierarzt Leistikow in Magdeburg. Dort erfahren Sie Näheres. —

Wahlkreis Calbe-Aschersleben. Im Monat Oktober sind bei der Kreisliste eingegangen von: Ugendorf (Parteitag) 3,00; Staßfurt (Parteitag) 20,00; Barby (Parteitag) 3,75; Schönebeck 54,00; Aschersleben 50,00; Staßfurt (rote Karte) 1,00; Quedlinburg (Bilge) 40,00; Staßfurt 50,00; Calbe 17,60; Thale 70,00; Volksverein 180,00. — Ferner für die russischen Freiheitskämpfer von Barby 3,75; von Ufen 16,20.
Staßfurt, den 1. November 1905. Wjorowski.



Schuhwarenhaus Masting & Co.
Grösste Auswahl in allen Artikeln.
Spezialität:
Herren-echt Boxcalf. 8.50
Agrarstiefel in den neuesten Fassons
Damen-echt Boxcalf-Knopf- und Scheurstiefel, hochelegant und dauerhaft. 7.50
I. Geschäft: Johannisberg 1, gegenüber dem Rathaus.
II. Geschäft: 47 Jakobstr. 47.

Billige Uhren!
Zimmer-Uhren mit Schlagwerk, in mod. Gehäuse, Aufbaum u. Tisch-Ausführung.
Taschen-Uhren für Damen u. Herren, in Silber und Gold, nur gute Werke, zu ungläublich billigen Preisen.
Jede Uhr wird vor dem Verkauf von einem tüchtigen Fachmann geprüft, daher weitgeh. Garantie.

Damen- und Herren-Uhrketten in vielen Qualitäten außerordentlich billig.
Selteneitkauf-Geschäft
Adolph Michaelis
Rathswagenplatz 1 (Eing. Apfelstr., 1. Tür).

Vereinigung selbständiger Zigarrenmacher Magdeburg.
Der rauchenden Arbeiterschaft zur Kenntnis, daß in sämtlichen Verkaufsstellen des Konsumvereins Neustadt-Magdeburg unterstehende der Vereinigung geführt werden:
Sonntagsruhe, Concordia à 4 Pfg.
Central, Cora, El Ebro, Prosit à 5 Pfg.
1267 Der Vorstand, J. A. Peter Heiden.

Halberstadt. Bekanntmachung. Halberstadt.
Saut Vereinsbeschluss machen die unterzeichneten hierdurch bekannt, daß dieselben nicht mehr wie bisher weit unter ihrer von der königlichen Regierung festgesetzten Lage ihren Berufspflichten nachkommen werden. Jede Hebamme kennt ihre Lage und wird danach auf Verlangen Rechnung ausstellen. Wir bitten, nicht mehr wie bisher die Verzählung bis zur Laute zu lassen, sondern spätestens binnen 6 Wochen Zahlung zu leisten, da der Laufweg nicht mit zur Lage gehört, sondern mit Laufzeug mit 2 Mark berechnet wird. Unentgeltlich entbunden werden können nur diejenigen Personen, die städtische Armenunterstützung erhalten; dieselben müssen sich früh genug, mit einer Bescheinigung von ihren Armenverwaltern versehen, bei der von der Stadt hierzu angeordneten Kamme, Mittelstraße 8, melden, da ohne Bescheinigung auch dort nach der Lage bezahlt werden muß. Wir bringen dieses zur Kenntnis, um spätere Streitigkeiten zu vermeiden.
1275

Die Mitglieder des Halberstädter Hebammenvereins für Stadt u. Land.

Dampfdreschmaschinen - Schlosser!
Für ein sehr bedeutendes Geschäft in diesen Maschinen werden einige darin nachweislich ganz erfahrene tüchtige Schlosser gesucht zu guten Bedingungen. Meldungen u. B. L. 4918 an Rudolf Mosse, Breslau. M168

Aschersleben. Verband Aschersleben.
der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter u. -arbeiterinnen Deutschlands.
Sonntabend den 4. November 1905, abends 8 Uhr im neu renovierten Saale des Herrn Wille
7. Stiftungsfest
abend: Konzert, innerer Aufführungen, Theater u. Ball. J. Aufführung gelangt: „In alt.“ Soziales Bild in 1 Akt von Em. Rebe. Programm à 25 Pfg. sind zu haben bei: R. Greiner, Staßfurterhöfe: R. Greiner, S. d. Luraz 29, und D. Wille.
Hierzu sind die Mitglieder und deren Angehörige freundlichst eingeladen.
1270 Der Vorstand.

Tinte (tiefschwarz) empfiehlt die Buchhbl. Volkstimme.
Gebrauchte Singer-Nähmaschine billig zu verkaufen. 500 Prälantenstr. 19, p. l.
2 Winterjackets f. j. Dam. bill. zu verk. Schmidt, Weiskr. 9, b. 3 Tr.
Gänsefleisch, zerlegt
Gänsepfotefleisch 1096
Gänseflomen
Wochenmarkt-Verkaufsstelle am Kaiser-Otto-Automat.
Gebe Unterricht im Stricken, Stricken, Häkeln und Webnähen, auch nehme ich alte und neue Hütten zum Garnieren an. Frau Götz, Fernerleben, Faberstraße 9, p.
Preisskat-Tabellen
— 2 Bogen 15 Pfennig —
Buchhandlung Volksstimme.

Calbenser Konsumverein E. G. m. b. H.
Sonntabend den 11. November abends 8 Uhr, im Saale der „Reichskapelle“
Ausserordentliche Generalversammlung.
Tagesordnung:
1. Ergänzungswahl für den Vorstand und Aufsichtsrat.
2. Vortrag über innere Angelegenheiten.
Der Aufsichtsrat. Engler, Vorsitzender.
Wickelmacherin sucht Beschäftigung Gr. Mühlenstr. 3, 1 Tr. 493
Freundl. Logis zu vermieten Maue, Breiteweg 188, S. 3 Tr.
Anständ. Logis Friedenstr. 9.

Lemsdorf Restaurant z. Erholung
Sonntabend den 4. November
Grosses 495
Preis-Billardspiel!
Freitag den 3. November
Schlachtfest!
Tuchen, Rogauerstr. 85.
Stadt-Theater.
Donnerstag den 2. November 1905
Die weiße Dame.
Wilhelm-Theater.
Heute und folgende Tage. Anfang 8 Uhr.
Größtes Jung- u. Reperiorität. Glänzende Novität! Das Jungfernstift.

Lampen.
Große Auswahl von Leuchten aller Art in guter feiner Ausführung, mit den besten, neuesten Brennern ausgestattet. Auch können vorgedruckte Lampen, welche im Brennen noch gelassen haben, mit neuen, praktischen Brennern wieder ausgestellt werden. Sämtliche Ersatzteile einzeln.
Otto Janssch
Gr. Junkerstr. 6a
„Sudener Werk“ gegenüber

Sächsische Filzschuhe und -pantoffel
Vogel-Schwarz u. Knopfstiefel (mit und ohne warmes Futter) zu den billigsten Preisen bei
Alwin Geitze, Cornitzstr. 17.

Herren-Stiefel Mk. 4.35
Kleinsfeld, Sudau, Siedebederstr. 98

Wer bei Kaphengst kauft, spart Geld!
Stellfedern-Versandhaus
Otto Kaphengst
Magdeburg-Sudenburg
724 Müllerstraße!

Jugendschön
macht ein gutes, reines Gesicht, weiches, jugendliches Aussehen, beseitigt alle Haut- und Blinderkrankheiten.
2515

Boranzzeige.
In dem am Sonntag den 5. November 1905 im „Luisenpark“ stattfindenden
Instrumental- und Vokalkonzert
hat der Dramensänger Herr Max Thomas (Tenor) seine Mitwirkung zugesagt.

Zirkus M. Schumann
Magdeburg, Königstraße.
Bemerkenswert und elegantestes Unternehmnen der Gegenwart!
Donnerstag den 2. November, abends 8 Uhr
Dank- und Abschieds-Vorstellung
gleich
Abend des Direktors M. Schumann.
Direktor M. Schumann mit seinem Crig.-Ensemble und Freiheitsbrettern.
Aufstehen aller Künstler und Künstlerinnen in ihren besten Leistungen.
Bei tieferem Wunsch findet nochmals die Wiederholung des Festes am Sonntag den 5. November statt, angeleitet von Clara Kappo.
Zielfestverkauf im Zigarrengehw. v. C. Jacobs, Ulrichstr. 21. Die Zielfestkarte ist gültig von morgens 10 bis 1 Uhr und abends von 8 Uhr ab. An den Tagen, an welchen 2 Vorstellungen stattfinden, von morgens 11 Uhr ab ununterbrochen.
874

Durchnäher und Glätter gesucht 1265
Filzfabrik Lehlingerstr. 4
Wie suchen noch einige tüchtige
Ueberzieherinnen
bei hohen Akkordlöhnen zum sofortigen Eintritt
Müller & Hamel
Schokoladenfabrik 1269
Olvenstedterstraße 23-24. 1274

Kaiser-Panorama
Sächsische Schweiz und Bodensee.
Walhalla.
Vollständig neuer Spielplan
Sonntabend d. 4. November nachmittags 4 Uhr
Reuter-Rezitation
von Kurt Maurice.
Kleine Preise: Loge 1.25, Saalplätze 0.55 Mt.
Wiederer! **Wiederer!**
Warnung!
Ich warne alle diejenigen, welche von der unehrerlichen Verleumdung, welche gegen meine Frau ausgesprochen worden ist, gehört haben, dieselbe weiter zu verbreiten, da ich gegen diejenigen, welche bis jetzt das Gerücht verbreitet haben, gerichtliche Vorgehen werde.
Otto Wöhler.

Billige Gardinen
Eine große Partie wunderschöner Gardinen
zu billigen Preisen.
Selteneitkauf-Geschäft
Adolph Michaelis
Rathswagenplatz 1 (Eing. Apfelstr., 1. Tür).

Schaftstiefel und Gummischeuhe
billig bei
Alwin Geitze, Cornitzstraße 17.
Billige Stiefel
nur Altes Brücktor 2

Gesucht
Korbmacher auf Rohr und Gemat, 1 Württembergischer und 1 Tischlerlehrling nach auswärtig (sofort oder 1. April) sofort im
Verbandsbureau, Glanebeilstraße 10.

Flora
Heute Donnerstag (3. Tag) ringen:
Vikt. Mansart gegen Aug. Gehrman
Frankreich gegen Magdeburg
Marius gegen Siegfried
Rheinland gegen Deutschland
Herm. Dangers gegen Omer de Bouillon
Hamburg gegen Belgien
Enrico Bouchini gegen Charles Lammens
Italien gegen Belgien 1273
Vorher:
Die erstklassigen Spezialitäten!
Anf. der Vorstellung 9 Uhr. Anf. der Ringkämpfe 9 1/2 Uhr.

2. Beilage zur Volksstimme.

№. 257.

Magdeburg, Donnerstag den 2. November 1905.

16. Jahrgang.

Parteigenossen und Parteiredakteure.

In der „Münchener Post“ war in diesen Tagen des „Vorwärts“-Konflikts folgender Artikel zu lesen, der nunmehr, wo die Darstellung des Parteivorstandes erschienen ist, besondere Beachtung und Prüfung beanspruchen muß:

Ueber Vernachlässigung der prinzipiellen Aufklärung ist im Laufe der letzten Jahre viel geklagt worden, und es ergab sich dabei das Merkwürdige, daß diese Klagen an Berechtigung um so mehr gewannen, je lauter und aufgeregter sie wurden. Der prinzipielle Aufklärungszug endete mit einer grandiosen Parteiverwirrung und erbrachte damit so recht erst den Beweis, daß zur prinzipiellen Aufklärung Ernstliches unternommen werden müsse, da uns sonst in der Tat alle Grundlagen sozialdemokratischen Denkens und Handelns zu entschwinden drohen. Einen Beitrag zu dieser bremsend notwendigen prinzipiellen Aufklärung sollen die folgenden Ausführungen bilden, die von dem Verhältnis der Parteigenossen zueinander handeln.

Karl Marx hat der Bourgeoisie die Anklage entgegen geschleudert: „Sie hat kein Band zwischen Mensch und Mensch übrig gelassen als das nackte Interesse, die gefühllose bare Zahlung. Sie hat alle bisher ehrwürdigen und mit frommer Scheu betrachteten Tätigkeiten ihres Heiligenscheins entkleidet. Sie hat den Arzt, den Pfaffen, den Poeten, den Mann der Wissenschaft in ihren bezahlten Lohnarbeiter verwandelt.“

Inmitten der kapitalistischen Welt aber gibt es noch oder wieder eine Tätigkeit, die ihres „Heiligenscheins“ nicht entkleidet ist, gibt es Männer der Rede und der Feder, die mehr als bezahlte Lohnarbeiter sind und mehr als solche bleiben wollen. Das sind die Männer, die ihre sozialdemokratische Ueberzeugung in Wort und Schrift vertreten. Sie sind keine Beamten des Kapitals, sondern freie und gleichberechtigte Genossen einer demokratischen Organisation. Und das Verhältnis, in dem sie zueinander stehen, kann niemals ein brutales Diensthverhältnis sein, über dessen Rechte und Pflichten das bürgerliche Gesetz entscheidet, sondern nur ein Vertrauensverhältnis, das auf gegenseitiger Achtung und Aufrichtigkeit aufgebaut ist.

Die erste Voraussetzung eines solchen Verhältnisses ist die gegenseitige ehrliche Aussprache. Der Bourgeois kann seinen Angestellten zum gesetzlichen Termin entlassen und ist ihm für sein Verhalten keinerlei Aufklärung schuldig. Diesen unheimlichen und unwürdigen Zustand zu beseitigen, ist seit je eine der wichtigsten Aufgaben der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung gewesen. Die Arbeiter verlangen vom Unternehmer, daß er, wenn er Entlassungen vornehmen will, sich mit ihnen in Verbindung setzt und ihnen die Gründe seiner Maßnahmen mitteilt. Sollten sozialdemokratische Parteinstanzen die von ihnen angestellten Zeitungsredakteure entlassen, ohne sich zuvor mit ihnen in Verbindung gesetzt und ohne über die Fortführung oder Auflösung des gegenseitigen Vertrauensverhältnisses mit ihnen offen und ehrlich beraten zu haben, so

wäre ein schwerer Verstoß gegen die sozialdemokratischen Grundzüge und eine arge Entwürdigung der Partei.

Wenn in der letzten Zeit vielfach in der Parteipresse die Ansicht ausgesprochen worden ist, die Parteiredakteure hätten die Pflicht, die besondere Meinung zu vertreten, die sich ihre Aufsichtsinstanzen über schwebende Parteifragen gebildet haben, so ist das ein schwerer Irrtum. Der Parteiredakteur hat wie jeder andre Parteigenosse die verdamnte Pflicht und Schuldigkeit, seine eigene Meinung zu sagen. Als anständiger Schriftsteller und Parteigenosse kann er den allgemeinen Auftrag, den er von den Genossen erhalten hat, gar nicht anders auffassen als so, daß er von ihnen zur Vertretung seiner eignen, nicht aber zur Vertretung irgend welcher fremder Meinungen verpflichtet sei. Stellt sich dabei heraus, daß er über die Art seiner Redaktionsführung in dauernder Nichtübereinstimmung mit seinen Aufsichtsinstanzen befindet, so wird er nicht zögern, sein Amt freiwillig niederzulegen. Nie aber, nie kann eine solche Nichtübereinstimmung für seine Arbeitgeber einen rechtmäßigen Entlassungsgrund abgeben. Sollten sozialdemokratische Parteinstanzen die von ihnen angestellten Zeitungsredakteure entlassen, weil sich diese erkühnt haben, in Parteifragen ihre eigene Meinung zu haben, so wäre auch das ein schwerer Verstoß gegen die sozialdemokratischen Parteigrundzüge und eine arge Entwürdigung der Partei.

Wohin würden wir geraten, wenn sozialdemokratische Parteiredakteure aus Rücksicht auf die Erhaltung ihrer Brotstellen ihre wirklichen Meinungen verschweigen würden, wenn über der Meinungsfreiheit der Parteipresse das Demofleschwert des vierteljährlichen Kündigungrechts hingeliege! Unter solchen Umständen würde der Beruf eines Parteischriftstellers und eines Parteiredakteurs aufgehört haben, eine Ehre zu sein!

So stehen die Dinge, und davon läßt sich nichts wegklisteln und abhandeln! Man rede nicht von der natürlichen Beschränkung der Meinungsfreiheit, die im Wesen jeder Partei liegt! Für das Problem, um das es sich hier handelt, hat auch schon Marx die präziseste Lösung gefunden, indem er sagte: „Das Gesinnungsgesetz ist kein Gesetz des Staates für die Staatsbürger, sondern das Gesetz einer Partei gegen eine andre Partei.“ Der Sozialdemokrat unterstellt sich freiwillig und aus Ueberzeugung dem Gesinnungsgesetz der Partei, nicht aber dem Gesinnungsgesetz gebot bestimmter Personen in der Partei. In dem Augenblick, in dem der Redakteur oder Schriftsteller das Gesinnungsgesetz der Partei verläßt, tritt er aus ihr aus, wie er in sie eingetreten ist, und kann nicht mehr das Recht beanspruchen, als Parteigenosse behandelt zu werden. Ein Redakteur oder Schriftsteller aber, der nicht das Recht vertritt, hat, als Parteigenosse zu gelten, darf nicht gemahregelt werden, weil er einem gewissen Personenkreise gegenüber seine Selbstständigkeit und Meinungsfreiheit bewahren will.

Die Nichtbeachtung dieser ersten Parteigrundzüge muß das Parteileben zu einer Reihe fortgesetzter, nie endender Parteifrisen machen und an die Stelle eines Zustandes der Or-

nung und des Rechts einen Zustand der Verwirrung und der Willkür setzen. Man hat das Schlagwort von den „Revisionsisten“ geprägt, und als dieses nicht mehr dazu ausreichte, alle Unbequemlichkeiten unter eine Kautschukhülle zu fassen, sogar die „Ethisch-ästhetischen“ zu erfinden versucht. Und was geriet nicht alles in dieses große Kehrloch: Alte, verdiente Parteigenossen, Leute, die in ihrem ganzen Leben den grundsätzlichen Boden des Klassenkampfes nicht verlassen haben, radikal-revolutionäre Heißsporne, überzeugte und begeisterte Anhänger der marxistischen Lehre. Es genügt, in der Auffassung dieser Lehre von der authentischen Interpretatoren um Haarsbreite abzuweichen zu sein, es genügt, gewisse formale Ausschreitungen der Parteidiskussion mißbilligt zu haben, es genügt sogar häufiger und freundschaftlicher Verkehr mit verdächtigen Parteigenossen, um sich selber unreiner Parteianhänger verdächtig zu machen und zu einem Parteigenossen zweiter Klasse degradiert zu werden. Es gibt mehr als einen Revisionsisten, der der Welt eine tragikomische Geschichte erzählen könnte, wie man „Revisionsist“ wird!

Mit der Tiefe der prinzipiellen Meinungsverschiedenheiten läßt sich aber nicht jede Unanständigkeit und jedes Unrecht entschuldigen, das man an Parteigenossen begeht. Sonst wäre man zu jeder Unanständigkeit und zu jedem Unrecht legitimiert, sobald man nur einseitig das Vorhandensein prinzipieller Meinungsverschiedenheiten behauptet. Treue und Glaube, Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit würden dann aufgehört haben, die Grundlage unseres Parteilebens zu sein, und wir hätten nichts mehr, worauf wir stolz sein könnten.

Es ist schlimm genug, daß es notwendig geworden ist, eine solche Sprache vor der Öffentlichkeit zu führen; es ist aber wirklich notwendig, schon um durch das lebendige Beispiel zu beweisen, daß sich heute noch kein Parteigenosse in der deutschen Sozialdemokratie ein Blatt vor den Mund zu nehmen braucht, und daß es noch immer unser Grundgesetz ist, „auszusprechen was ist“. Ohne Not ist eine Aera der Parteikritik eröffnet worden, die jedes Wort und jede Handlung bestimmter Genossen unter der Lupe auf ihre Parteirechtigkeit gepriift und in spitzfindigster Untersuchung entdeckte Unterschiede zu ungeheuren Parteikonflikten photographisch vergrößert hat. Jetzt sind die Geister der Kritik wachgerufen und sie können nicht mehr Halt machen vor bestimmten Parteinstanzen oder Parteigenossen.

Die Wahrheit zu sagen — wir sind doch Sünder allzumal, und keiner von uns kann sich rühmen, den sozialdemokratischen Gedanken allezeit und in allen Situationen mit reiner Unfehlbarkeit verkündet zu haben. Die Sprache ist ein plummes Werkzeug, und der Augenblick ein großer Verführer. Auch der Genosse Kautsky hat sich bei allen Verdiensten, die er sich um die Ausbreitung der marxistischen Lehre erworben, mancher grausamen Interpretation des Marxismus schuldig gemacht, und ebenso leicht ließe sich der Nachweis führen, daß sich in sieben Parlamentsreden des Genossen Bebel ebenso viele „revisionsistische Entgleisungen“ finden, wie in sieben Jahrgängen des „Vorwärts“. Es ist kein gutes Zeichen für die unentwegten Parteikritiker, daß sie gern bereit sind, auf der einen Seite Kamele zu schluden,

Geniletton.

Ka. Dr. v. v. v.

Die Kinder der Exzellenz.

Roman von Ernst von Wolzogen.

(26. Fortsetzung.)

Siebentes Kapitel.

Ein Monolog des alten Maj. Was Vodo gute Neuigkeiten nennt, Fräulein Grigori vom Balhalltheater macht ihre Aufmerksamkeit. Eine alte Dame, die fein passender Umgang für junge Mädchen ist. Wie „Pflaumenkuchen“ auf hohe Pferd kommt, und die Exzellenz Geipenster sieht.

„Nun seh' mir einer die gezeichnete kleine Marzell an!“ rief der Major aus, indem seine Augen immer wieder und wieder die wenigen Zeilen überflogen, die auf der geldgeränderten Karte gedruckt waren, welche ihm soeben Lautenschläger auf den Kaffeetisch gelegt hatte.

„Die Verlobung ihrer jüngsten Tochter Gertrud mit Herrn Professor Doktor Hans Diederichsen beehrt sich hierdurch ganz ergebenst anzuzeigen“

Mathilde, vertv. Freiin von Verlen geb. Freiin von Brod.“

Und auf der andern Seite, angebogen, beehrte sich der Doktor Hans Diederichsen, Professor der Zoologie an der Königl. Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin, der Sicherheit halber dasselbe noch einmal anzuzeigen.

Und darunter stand mit Bleistift sichtlich hingetribelt:

„Vorläufig dies mit schönstem Gruß. Die Trudi folgt ihm auf dem Fuß!“

„Das ist der erste vernünftige Einfall, den die Verlen seit Jahr und Tag gehabt haben.“ brummte der Major halb laut vor sich hin. „Ich könnte fast der Trudi zuliebe mich erweiden lassen und der scharmanten, unvernünftigen Mama noch einmal aus der Klemme helfen.“

Er zündete sich eine Zigarre an und paffte nachdenklich vor sich hin. „Aber nein!“ rief er weiter. „Durch solche Nachgiebigkeit täte ich ihnen am Ende doch einen recht zweifelhaften Gefallen. Diese Art Menschen muß vom Schicksal auf Standes gerichtet werden; immer ist das an

den Fingel, und muß hin und wieder die Sporen gehörig in die Weichen gesetzt kriegen, sonst stecken sie den Kopf zwischen die Beine, wenn's einmal scharf bergunter geht, überblagen sich dreimal und wundern sich noch, wenn sie mit zerbrochenem Genick unten liegen. Herr Gott, was war mein alter Verlen für ein großartiger Kerl auf dem Schlachtfelde, und selbst auf dem Exerzierplatz! Zimmer mußte er ganz genau, was er wollte, immer behielt er den kalten Kopf und das klare Gehirn, und immer neue Ideen drin, die er doch nicht eher herausließ, bis sie reif waren. Und dagegen diese Hilflosigkeit, dies lottrige, fahriges Wesen, wenn sich's um den elenden Quark des bürgerlichen Lebens handelte. Wie ein Stier ins rote Tuch rannte er mit offenem Portemonnaie auf alles los, was viel Geld kostete und ihn reizte. Und wenn man ihm dann seinen Leichtsinn vorhielt und ihn fragte: Mensch, wie willst du das bezahlen, wie willst du je aus dieser Partide wieder herauskommen? dann lächelte er nur mit so einem wehmütigen Anflug und seufzte: Na, freilich, so kann es nicht bleiben; es muß entschieden anders werden! Aber wie, dafür ließ er einen Hund sorgen. Simulirter Vater, wenn ich dran denke, wie er sich mal als Premierleutnant auf der Aktion den authentischen Edelritsch des alten Wilkes stand, und nun ganz überzeugt war, es müßte fortan jede Tante seine Tante werden und ihm alle Schulden bezahlen! Na, und wie Gott den Schaden besah, da nahm er sich freilich das Unheil, das er angerichtet hatte, arg zu Herzen, wurde in vierzehn Tagen grau vor Neid und Seelenangst und verzichtete sich hoch und teuer. — Er hat's nicht mehr erlebt. Aber ich will seinen Schwur halten, wenn es mir auch teuer ankommt. Frau Mathilde ist eine liebe Dame, kann ganz bescheiden und vernünftig sein; aber daß man unter Umständen auch das tun muß, was „doch nicht geht“ oder was man „doch nicht kann“, das begreift sie auch nicht. Mit frommem Augenaufschlag sieht in ihr Schicksal ergeben, das können diese guten Leute allenfalls; der Instanz gebietet ihnen, nicht zu laut zu murren und zu jammern, aber die klumpen Geistes, die schmutzige, gemeine Wirklichkeit ohne Handgelenke beim Schopfe packen und mit ihr ringen, um sie zu überwinden, das „kann man doch nicht!“

„O mein braver Junke! Du hast mich alten Erbsenpöppel auch recht auf den Drah gebracht! Ins alte Eisen

mit den heillosen Vorurteilen, unserm ganzen, steifgeleiteten Zustand, unserm Bildungshochmut, wenn das alles nur dazu dient, uns kriegsuntauglich für den Kampf des Lebens zu machen! Du hast ja das Handwerk gelernt! Du sollst mir helfen, sie umzuschmelzen und neu auszuhämmern. — Ehe nicht der Vodo seinen blauen Rock ausgezogen und die Exzellenz dir dein Vermögen wieder eingehändigt hat, eher lege ich meinen Fuß nicht mehr über ihre Schwelle!

„Die kleine Trudi darf mich auch nicht mehr hier finden! Vielleicht ist diese Verlobung schon eine Folge unserer Kurmethode; aber das liebe Kind könnte mich vorzeitig weid machen und das darf nicht sein!“

Als der Major durch solche Erwägungen sich in seiner beschwornen Grausamkeit wieder hinreichend bestärkt glaubte, warf er sich schleunigst in sein reiches, neues Frühlingsdackel aus gelb, grün und graulich gemustertem Cheviot, ergriff den braunen, steifen Filz und das Bambusrohr mit dem Zulaufrohr, und machte sich auf den Weg nach der Reithahn in der Karlstraße, woselbst er um diese Morgenstunden seinem jungen Freunde Rudolf Reithunterricht zu erteilen pflegte.

Naum eine Stunde später klopfte Frau von Verlen mit Trudi die drei Treppen in der Fichtenstraße hinauf und hörte mit Staunen und ängstlicher Verwirrung von Lautenschläger, daß sein Herr ausgegangen sei.

„Woh! wieder mit Herrn von Eckardt?“ erkundigte sich die Exzellenz, nicht ohne einige Bitterkeit im Tone.

„Wahrscheinlich ja, er läßt den Herrn sehr reiten.“ erklärte der rothaarige Burche und flüster dann halb flüsternd hinzu: „Ach, gnädige Exzellenz, seit der Herr Major die amerikanische Freundschaft haben, sind der Herr Major kaum wieder zu erkennen. Sie haben mich schon seit Wochen nicht mehr angebläht — und sonst konnten der Herr Major doch ja schon finden! Aber jetzt geht immer gleich das Gevatter mit den Stühlen los, daß sich die Lärn im großen Saal schon beim Wirt bekwert haben. — Und wie ich einmal „reinkommen tu“ beim Herrn Major, da haben sie mit den Bambusen nur immer so auf den Tisch und krummen wie 'n paar Löwen vor sich hin: Alt Eisen, alt Eisen! Ach Gott, hab' ich mir bloß verwickelt über den Herrn Major!“

(Fortsetzung folgt.)

Ein Aufsehen erregendes Angebot

Verkauf
nur solange
Vorrat

in
Kleider-, Blusen- u. Kostümstoffen

Verkauf an
Wieder-
verkäufer aus-
geschlossen

für
Mittwoch den 1. November
Donnerstag den 2. November
Freitag den 3. November
Sonnabend den 4. November

Auf meiner letzten Einkaufsreise erstand ich von einem erstklassigen Kleiderstoff-Hause einen grossen Posten Kleider-, Blusen- und Kostümstoffe zum grössten Teil weit

unter dem Herstellungswert!

Diesem Posten Kleiderstoffe habe ich noch andre recht vorteilhafte Sachen aus meinem regulären Lager beigegeben. Der ganze Posten ist in 3 Serien, wie untenstehend angegeben, eingeteilt und kennzeichnen die

fabelhaft billigen Preise

dieses Angebot als ein bisher noch nicht dagewesenes

Eine kleine Auslese von den zum Verkauf kommenden Kleider-, Blusen- und Kostümstoffen ist in meinem Schaufenster dekoriert und kann ich nur jedem die Besichtigung empfehlen.

Serie I

enthält moderne Kleider-, Blusen- und Kostümstoffe, nur doppeltbreite Ware. Eigentlicher Verkaufs-Wert Meter bis 98 Pf. . . jetzt

48 Pf.

Serie II

enthält hochaparte Neuheiten in Zibeline, Home-spune, Lama, extra schwere Qualitäten, bis 110 cm breit. Eigentlicher Verkaufs-Wert Meter bis 1.95 . . . jetzt

78 Pf.

Serie III

enthält ganz schwere, reinwollene, streng moderne Karos engl. Kostümstoffe, sowie Satintuche in den modernsten Farben. Eigentl. Verkaufs-Wert Meter bis 2.95 jetzt

1.38

Fortsetzung des enorm billigen Verkaufs

in
Damen- und Mädchen-Konfektion, Damen-Hüten, Pelzwaren

Raphael Wittkowski

Breiteweg 61

Kaufhaus allerersten Ranges

Breiteweg 61

